

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. im Voraus zahlbar. Postbezug 4,35 M. einschließlich 60 Pf. Postzulage- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandersubskriptionen 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kameradschaft“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehmit“, „Blitz in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparierung des „Vorwärts“ mit dem „Daily Herald“ ist eine unzulässige Verleumdung. „Vorwärts“ hat seit seiner Gründung 1890 eine beispiellose Entwicklung durchgemacht. In der Zeit der Weimarer Republik war es das größte Arbeiterblatt in Deutschland. Seine Auflage betrug im Jahre 1929 über 100.000 Exemplare. Die Konparierung mit dem „Daily Herald“ ist eine unzulässige Verleumdung, da die beiden Blätter in völlig unterschiedlichen Verhältnissen arbeiten. „Vorwärts“ ist ein Arbeiterblatt, das die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, während der „Daily Herald“ ein bürgerliches Blatt ist.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dänhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65, Dr. G. u. Disc.-Gel., Postpostkasse Lindenstr. 3.

Der Rhein wird frei!

Das englische Arbeiterblatt beglückwünscht die deutsche Republik.

London, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Das Blatt der Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, schreibt zur Rheinlandräumung:

„Der letzte französische Soldat zieht westwärts zurück über die Rheinbrücken. Die zwölfjährige Besetzung ist zu Ende und kein fremder Soldat wird mehr auf dem Boden der deutschen Republik bleiben. Fünf Jahre früher war wenig Hoffnung, daß dies so bald erreicht sein würde. Mächtige französische Einflüsse hatten einen Vorwand für eine dauernde Besetzung des Rheinlandes gesucht und die Ruhrbesetzung sowie das Komplott einer rheinischen Republik waren verhängnisvolle Anzeichen. Der gesunde Menschenverstand und die Gemeinschaftsarbeit haben es jedoch verhindert. Henderson's jähestumpfer Mut im Haag brachte die Dinge in das richtige Fahrwasser. Die Truppen ziehen ab. Unser erster Glückwunsch gilt dem republikanischen Deutschland, dessen stetige Selbstkontrolle

trotz aller schweren Provokationen zuletzt doch belohnt worden ist. Der zweite Glückwunsch gilt den Franzosen, die in der letzten Zeit ihr äußerstes getan haben, das Unrecht und die Fehler der Vergangenheit wiedergutzumachen. Der dritte Glückwunsch geht an Europa und die gesamte Welt, denn der gesunde Menschenverstand ist in der Politik ein guter Wechsel für die Zukunft. Schade, daß nicht mehr davon im Umlauf sind.“

Flaggerlaß zum 1. Juli.

Amlich wird mitgeteilt:

Aus Anlaß der Befreiung der rheinischen Lande flaggen am 1. Juli im ganzen Reich alle Behörden und Stellen des Reichs, der Länder und der Gemeinden. Außerdem werden von 12 bis 1 Uhr mittags die Kirchen sämtlicher Konfessionen ein feierliches Geläut veranstalten.

Gegen die hohen Pensionen.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Einbringung eines Initiativgesetzentwurfes beschlossen, nach dem die Pensionen in Zukunft in keinem Fall mehr den Betrag von 12 000 Mark im Jahre übersteigen dürfen.

Außerdem wird in dem Gesetzentwurf bestimmt, daß Pensionäre oder Parteigeheimempfänger, die neben ihrer Pension oder ihrem Parteigeld ein privates Einkommen haben, das den Betrag von 6000 Mark übersteigt, sich eine Kürzung ihrer Bezüge aus öffentlichen Mitteln gefallen lassen müssen. Die Kürzung beträgt die Hälfte des Betrages, um den das private Einkommen die Summe von 6000 Mark im Jahre übersteigt.

Finanzvorlagen heute im Reichsrat.

Amlich wird mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Brüning, der gestern vormittag nach Berlin zurückgekehrt ist, berichtete in der gestrigen Kabinettsitzung zunächst über seinen dem Reichspräsidenten erstatteten Vortrag. Das Reichskabinet verabschiedete sodann die inzwischen fertiggestellten Texte der dem Reichsrat und Reichstag vorzulegenden Deckungsvorlage. Die Reichsregierung wird bereits am Sonnabend durch den Mund des Reichskanzlers und des neuen Reichsministers der Finanzen im Reichsrat in öffentlicher Sitzung den Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder ihre Vorlagen unterbreiten und auf schleunigste Erledigung im Reichsrat dringen, um sie sodann möglichst noch im Laufe der nächsten Woche auch dem Reichstag zur Entscheidung vorzulegen.

Die Deckungsvorschläge.

Die Deckungsvorschläge sehen im wesentlichen vor: Fünfprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer mit Ausnahme der Gewerbesteuerpflichtigen, Notopfer der Beamten und der bei Behörden auf Privatdienstvertrag Angestellten von 2½ Proz. (Freigrenze 2000 M., die sich für je ein Kind um 250 M. erhöht). Jedoch soll der Regierung in Form einer Ermächtigungsklausel die Möglichkeit gegeben werden, auch auf die Festbesoldeten der freien Wirtschaft zurückzugreifen, falls sich herausstellt, daß das jetzige Deckungsprogramm nicht ausreicht, um den Haushaltsfehlbetrag zu decken. Streichungen am Etat, die ungefähr 130 Millionen ausmachen, Verzehrsteuer, eoit. Kopfsteuer für die Gemeinden und schließlich Ledigensteuer.

Bayerische Volkspartei und Deckungsprogramm.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei beschäftigte sich in ihrer Freitagssitzung mit dem Deckungsprogramm der Regierung. Entgegen anderslautenden Darstellungen läßt die Fraktion erklären, daß sie eine abschließende Stellungnahme erst dann treffen wird, wenn die Deckungsvorlagen an den Reichstag kommen.

Die Opposition in der Koalition.

Gegen den Inhalt des Deckungsprogramms, soweit es bekannt geworden ist, haben sich Volkspartei, Demokraten und Wirtschaftspartei, auch die Christlichnationalen Bauern, erklärt. Das gibt der „Königlichen Zeitung“ Anlaß zu folgender Betrachtung:

„Die Regierung steht also einer Opposition gegenüber, die 54, wenn man von den grundsätzlichen Oppositionsparteien ab-

sieht, aus Christlichnationalen Bauern, Deutscher Volkspartei, Wirtschaftspartei und Demokraten zusammensetzt. Zugunsten der Regierung spricht lediglich die Tatsache, daß sich diese Parteien infolge des tatsächlichen Unglücks ihrer zur Führung berufenen Persönlichkeiten bisher nicht zu einer Einheitsfront zusammengesunden haben, sondern noch (!) getrennt marschieren.“

Das ist eine allerliebste und vielversprechende Anregung! Wenn sich erst eine Einheitsfront der Opposition in der Koalition auf dieser Grundlage herausbildet, so würde das erstaunliche Faktum eintreten, daß die Regierung die Mehrheit ihrer Koalition gegen sich hat!

Curtius und die Volkspartei.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wollte nach der Bekanntgabe des Wortlauts der Deckungsvorlagen Beschlüsse fassen über die Erklärung von Curtius, daß er im Kabinet für das Deckungsprogramm gestimmt habe. Da die offizielle Bekanntgabe der Deckungsvorschläge erst heute erfolgt, hat die Fraktion ihre Sitzung vertagt.

Dafür ist der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zum 4. Juli nach Berlin berufen worden.

Die Steuereinnahmen im Mai.

Rückgang der Lohnsteuer-Erstattungen.

Nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums betragen im Monat Mai die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben 629,6 Millionen Mark. Auf Besitz- und Verkehrssteuern entfallen hiervon 423,9 Millionen, auf Zölle und Verbrauchsabgaben 205,7 Millionen.

Da im April 1930, wie stets in dem ersten Monat eines Vierteljahres, das Steueraufkommen erheblich durch Vorauszahlungen beeinflusst wird, kann das Aufkommen an Einkommen-, Umsatz- und Körperschaftsteuern im Mai nur mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres verglichen werden. Hierbei ergibt sich für den Monat Mai 1930 gegenüber dem Februar 1930 ein geringes Mehr, und zwar bei der veranlagten Einkommensteuer von 4,5, bei der Körperschaftsteuer von 4,6 und bei der Umsatzsteuer von 2,7 Millionen Mark. Dagegen erbrachte die Vermögenssteuer im Mai nur 87,6 gegen 124,1 Millionen Mark im Februar. Die Mindereinnahme von 36,5 Millionen Mark ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß im Februar erhebliche Abschlußzahlungen eingingen und außerdem noch der achtprozentige Zuschlag zur Vermögenssteuer zu entrichten war. Die Lohnsteuer erbrachte im Mai 110,1 Millionen Mark gegenüber 104,9 Millionen Mark im April, mithin 5,2 Millionen mehr infolge des Rückganges der Erstattungen von 13,4 Millionen im April auf 5,6 Millionen Mark im Berichtsmontat.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben sind insgesamt 9,3 Millionen Mark weniger als im April auf gekommen. Die Zölle allein brachten mit 68,3 Millionen Mark 14,4 Millionen Mark weniger als im April, immerhin fast ebensoviel wie im Mai 1929. An Tabaksteuer sind 5,5, an Biersteuer 5,6 Millionen Mark mehr, dagegen an Zuckersteuer 2,8 und an Zündwarensteuer 2,6 Millionen weniger auf gekommen als im April.

Baldwin—Westarp.

Zeitungsönige und Parteiführer.

Vornabend hat der ehemalige konservative Premierminister Stanley Baldwin am Dienstag in einer großen Tagung der Abgeordneten und Vertrauensmänner seiner Partei mit den Presselords Rothermere und Beaverbrook abgerechnet. Mit dem Mut der Verzweiflung kämpft er um seine Stellung als Führer der konservativen Partei, von der ihn die beiden Zeitungsmagnaten mit vereinten Kräften verdrängen wollen. Die Anklagerede, die Baldwin bei dieser Gelegenheit gegen seine mächtigen Widersacher gehalten hat, ist nicht nur für England von größter Bedeutung. Ihre moralische und politische Tragweite erstreckt sich auch auf andere Länder, in denen sich ähnliche Erscheinungen bemerkbar machen; sie reizt vor allem zu Vergleichen mit Ereignissen, die sich erst in jüngster Zeit in Deutschland abgepielt haben.

Der Angriff, oder vielmehr die Gegenoffensive Baldwins hat eine längere Vorgeschichte, die zusammenhängt mit der riesenhaften Entwicklung der beiden größten britischn Presskonzerne unter der Führung des Lord Rothermere und des Lord Beaverbrook. Lord Rothermere ist der Bruder und Erbe des verstorbenen Lord Northcliffe, dem es als ersten in England gelungen war, ausgehend von der „Daily Mail“ eine ganze Reihe von wichtigen Tageszeitungen in London und in der Provinz zu erwerben. Die Nacht Northcliffe war durch die „Daily Mail“ schon in der Vorkriegszeit sehr stark, besonders als ihm der Meistergriff gelang, eine identische Ausgabe gleichzeitig in Manchester drucken zu lassen und damit auch in das industrielle Nord-England bis hinauf nach Schottland vorzudringen und damit den größten Provinzblättern Konkurrenz zu machen. Northcliffe starb in geistiger Umnachtung, nachdem er in seinen letzten Lebensjahren wiederholt deutliche Zeichen des Wahnwahnsinnus gegeben hatte. Sein Werk aber, während und nach dem Kriege bedeutend ausgebaut, blieb und wurde von seinem Bruder Rothermere im selben Geiste fortgeführt.

Inzwischen war ein anderer Zeitungsmagnat groß und mächtig geworden, Lord Beaverbrook, der, ausgehend vom „Daily Express“ und mit ähnlichen technischen Methoden wie Northcliffe, ebenfalls einen ungeheuren Einfluß über die öffentliche Meinung ganz Englands gewann. Man mag gewiß einwenden, daß die Leser der „gelben Presse“, wie sie in England genannt wird, sich nur zum Teil durch die Lektüre ihrer Zeitung politisch beeinflussen lassen. Denn zweifellos ist ein großer Teil der Millionen von Wählern der Labour-Party dennoch langjährige und regelmäßige Leser des „Daily Express“ und der „Daily Mail“. Der ungeheure Aufschwung des „Daily Herald“, der sich in der Aufmachung und in den Methoden diesen beiden Vorbildern neuerdings angepaßt hat und der jetzt mit ihnen den Kampf aufgenommen hat, läßt darauf schließen, daß Hunderttausende von Arbeiterwählern die „gelbe Presse“ bisher nur notgedrungen, ihrer blendenden Ausstattung wegen, gelesen haben, ohne sich von ihr politisch beeinflussen zu lassen, und daß sie mit Freude die erste Gelegenheit ergriffen haben, ein ähnlich aufgemachtes Blatt zu halten, das ihrer Gesinnung und ihren Interessen entspricht.

Dennoch sind Rothermere und Beaverbrook auch eine politische Macht im Dienste des kapitalistischen Bürgertums, vor allem der konservativen Partei. Indessen gingen sie bisher ihre eigenen, meist getrennten Wege, und schienen keine persönlichen politischen Ambitionen zu haben. Erst neuerdings haben sich die beiden Rivalen geeinigt, und von diesem Augenblick an verschärften sie ihren Feldzug gegen Baldwin. Sie erreichten zunächst den Rücktritt des Parteivorsitzenden (Organisators) Davidson und seine Ersetzung durch Neville Chamberlain, der als radikaler und energischer gilt. Durch diesen ersten Erfolg ermutigt, forderten sie eine regelrechte Kontrolle über die konservative Partei. Angesichts dieses Ultimatus hat Baldwin die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen. Er hat das Vorgehen der Presselords als eine „Unverschämtheit“ bezeichnet und ihnen vorgeworfen, daß ihnen ihr Geld und ihre Macht, die sie durch ihre Presse erworben hätten, „wie Wein in den Kopf gestiegen“ sei. Als Antwort darauf dürfte jetzt der Kampf gegen Baldwin durch die beiden Presskonzerne in verschärfter Form in das ganze Land hinausgetragen werden, und es wird ihnen durch die Macht des Geldes vermutlich gelingen, manchen Erfolg zu erzielen.

Wer denkt dabei nicht an den Sieg, den Hugenberg unter den deutschen Konservativen über den früheren Führer der Christlichnationalen Westarp errungen hat? Hugenberg verdankt seine heutige diktatorische Stellung in der Christlichnationalen Volkspartei ausschließlich der Macht jenes Geldes, das er mit seinem Zeitungskonzern erworben hat. Wie er diesen Konzern erobert und ausgebaut hat, ist eines der trübsten Kapitel der letzten fünfzehn Jahre. Mit einer Subvention des Kaiserreiches ist Hugenberg in den Scherl-Verlag eingedrungen, mit Kriegsgewinnen der

Schwerindustrie hat er Nachrichtenagenturen und Provinzblätter erworben, und schließlich hat er die Inflation benutzt, um Hunderte von kleinen und kleinen Blättern aufzukaufen. Northcliffe, Rothemann, Beaverbrook sind in ihrem Genre Erscheinungen, denen man einen gewissen genialen Zug nicht absprechen kann. Aber Hugenberg? Wer dieses Feldweibelgesecht einmal gesehen, wer diesen Kriegervereinsredner einmal gehört, wer seine geschwollenen und dabei erschreckend geistesarmen Ausführungen gelesen hat, dem wird es ewig ein Rätsel bleiben, wie ein solcher Mann eine derartige Stellung in einer einstmaligen großen Partei erwerben konnte. Die Macht des Geldes erklärt zwar vieles, aber doch nicht alles. Hugenbergs Aufschwung war nur möglich durch die abgrundtiefe Charakterlosigkeit eines großen Teils der Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei.

Baldwin lämpft wenigstens gegen die beiden politischen Barvenis, die nun mit ihrem Geld und mit ihren Zeitungen den Kurs der Partei bestimmen wollen. Aber Westarp? Der deutschnationale Graf hat alle möglichen unangenehmen Eigenschaften, aber selbst sein schärfster Gegner wird ihm attestieren müssen, daß er sauber ist. Auch Baldwins Integrität ist in England geradezu sprichwörtlich, und darauf beruht zum großen Teil seine Stärke und sein Ansehen. Während aber Baldwin den Kampf mit den reichen Zeitungskönigen aufgenommen hat, ließ Westarp seinen Antipoden Hugenberg jahrelang gewähren. Er versuchte zu lavieren, nahm jedes Kompromiß an, überließ zunächst die Parteiführung dem von ihm innerlich tief verachteten Hugenberg, um wenigstens die Fraktionsführung zu behalten. Dann mußte er auch diese niederlegen und Oberfahren, einem „jungen Mann“ Hugenbergs überlassen. Heute noch hat er nicht den Mut, das Joch Hugenbergs abzuwerfen, weil er weiß, daß Hugenberg mit seinem Gelde den deutschnationalen Parteiapparat beherrscht.

Baldwin sagte am Dienstag: „Die Parlamentskandidaten, mit denen Beaverbrook und Rothemann uns drohen, werden sinken.“ Mit dem Gelde, das er aus seinen Inseratenplantagen, aus seinen rechts- und linksständigen „Heirats“-Annoncen, aus den Anzeigen über „Massage-Salons“ und Nachtlokale schöpft, wird Hugenberg den Wahlfeldzug seiner Kandidaten finanzieren und die wirklich konservativen Elemente, die Anhänger Westarps, verdrängen. Wird das konservative Bürgertum in England den Kampf gegen die Pressebarone und ihre „stinkenden Kandidaten“ gewinnen? Das deutsche konservative Bürgertum hat ihn gar nicht erst geführt und infolgedessen schon verloren.

Gerichtsstrafen in Schweidnitz.

Die Krakeeler kommen aber sehr milde weg.

Schweidnitz, 27. Juni (Eigenbericht).

Die Tumultszene der Nationalsozialisten in der Donnerstag-Sitzung des Schweidnitzer Prozesses sind nicht ohne Folgen geblieben. Zum Schutze der Verhandlung sind seit Freitag Polizeibeamte im Gerichtsgebäude postiert.

Am Freitag erklärte der Vorsitzende vor Beginn der Verhandlungen zu den Ausschreitungen: „An der gestrigen Sitzung haben die Angeklagten zweimal einen schweren Exzess verübt. Sie haben sich in der ungehörigsten Weise benommen und durch Schreien, Hohn und Ausschlagen auf die Bänke die Fortführung der Verhandlung unmöglich gemacht. Das Gericht erkennt aber an, daß sich die Angeklagten durch die Äußerungen des Rechtsanwalts Förder, der von Nationalsozialisten und künstlicher Erregung gesprochen hat, maßlos erregt worden sind. Das Gericht hat deshalb beschlossen, unter Berücksichtigung dieser Umstände von einer an sich pervertierten Haftstrafe abzusehen und die Angeklagten wegen ihres ungehörigen Benehmens mit einer Ordnungsstrafe von je 50 Mark, im Unvermögensfalle mit 2 Tagen Haft, zu belegen.“

Diese Beurteilung der Angeklagten steht in keinem Verhältnis zu der Schwere ihrer Exzesse.

Preußen greift durch.

Nationalsozialistischer Kriminalsekretär entlassen.

Der preussische Innenminister hat gegen einen Kriminalsekretär in Hannover wegen aktiver und in der Öffentlichkeit auffallender Betätigung für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet. Gleichzeitig hat der Innenminister den nationalsozialistischen Beamten mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben.

Der Kriminalsekretär hat wiederholt für Versammlungen der Nationalsozialisten Propaganda gemacht, den Vorsitz in Versammlungen der Nationalsozialisten geführt und als Versammlungsleiter gehässige Angriffe gegen die Staatsregierung und Staatsform geübt. Dadurch hat er sich nach der Auffassung des preussischen Innenministers gegen die Pflichten, die ihm sein Amt auferlegt, vergangen und sich der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt.

Mißtrauensantrag der SPD.

Weimar, 27. Juni.

Am Freitagvormittag brachte die sozialdemokratische Fraktion im Thüringer Landtag einen Mißtrauensantrag gegen die nationalsozialistische Regierungsmitglieder, Staatsminister Dr. Friedl und Staatsrat Marschler, ein. Eine Begründung ist dem Antrag nicht beigelegt.

Getarnter Stahlhelm.

In der neuesten Nummer der „Reichsbannerzeitung“ wird darauf hingewiesen, daß der „Rheinische Heimatbund“, dem eine Reihe führender Persönlichkeiten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets angehören, neuerdings dem im Rheinland verbotenen „Stahlhelm“ als Deckungsorgan diene. In letzter Zeit seien auffallend viele Gruppen dieses „Heimat-Bundes“ gegründet worden.

Mit dem Flugzeug nach Breslau desertiert ist ein tschechischer Leutnant; er landete am Freitag nachmittags auf dem Sandauer Flugplatz und gab an, sich von der Truppe aus persönlichen Gründen entfernt zu haben. Der Flieger wurde vorläufig als Deserteur in Gewahrsam genommen.

Die Außenminister der kleinen Entente haben ein Statut dieses Staatenbundes unterzeichnet.

Die Schuld der Unternehmerpartei.

Genosse Graßmann über Arbeitslosenversicherung und Lohnsenkungspläne.

In der gestrigen Reichstagsdebatte über Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung sprach nach Minister Stegerwald

Abg. Graßmann (Soz.)

Selbstverständlich hält auch die Sozialdemokratische Partei gründliche Hilfe gegen die ungeheure Arbeitslosigkeit für unbedingt notwendig. Aber dazu müßten größere Mittel angewendet werden, als ein an sich begrüßenswertes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Es ist vielleicht der tiefste Grund, warum wir nicht schon zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung gekommen sind, daß man in ihr nicht nur etwas wirtschaftlich Unangenehmes und schwer Belastendes sieht, sondern etwas, was dem eigentlichen Wesen des Kapitalismus zuwiderläuft: die Aufrichtung einer Sperre gegen die Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen je nach dem Schwanken der Konjunktur so festzusetzen, wie die Unternehmer es für richtig halten. Darum ist es eine wichtige Tatsache, daß die parlamentarische Vertretung der Großunternehmer im vorigen Jahr eine rechtzeitige und ausreichende Sanierung bewußt hintertrieben hat.

Wegen einem Viertelprozent Beitragserhöhung hat man im März nicht nur die Sanierung hintertrieben, sondern zugleich auch das Auseinanderfallen der Koalition und die Sprengung der Regierung Müller herbeigeführt. Das hat dieselbe Partei getan, die auch heute einer vernünftigen und ausreichenden Regelung absoluten Widerstand leistet.

Diese Politik muß die denkbar schlimmsten Wirkungen nicht nur für die Finanzen des Reiches, sondern auch für die Wirtschaft selbst haben. Heute weiß noch keiner, wie der Etat aussehen wird, wie der Lastenausgleich, wie das Arbeitslosengesetz, und diese Unsicherheit ist das, was der Minister mit Recht als bewußte Herbeiführung einer Vertrauenskrise bezeichnet hat, und die die Wiederbelebung der Wirtschaft hindert. Im Augenblick liegen

bei den Banken erhebliche Kapitalien, aber bei einem offiziellen Zinssatz von 2½ Proz. für tägliches Geld, von 3½ Proz. für monatliches Geld nehmen die Banken 8 und 9 Proz. bei unter Pari stehender Auszahlung.

(Hört, hört! links.) Das aber ist es nicht allein, sondern bei der Unsicherheit der Lastenverteilung beschränkt man sich bei der Austragsvergebung auf den allerunvermeidlichsten Bedarf und vermeidet eine Auffüllung der Lager. Die Deutsche Volkspartei ist der schlimmste Sachwalter der deutschen Wirtschaft, und wir können täglich beweisen, wie wenig sie berechtigt ist, sich als Führer der Wirtschaft zu bezeichnen.

Meine Partei und die freien Gewerkschaften haben immer in erster Linie verlangt, daß die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einbezogen werden; allerdings, wenn das nicht möglich ist, müssen sie ausreichend versorgt werden. In der Begründung des Gesetzesentwurfs zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung rechnet das Institut für Konjunkturforschung mit 2½ Millionen Hauptunterstützungsempfängern. Die Regierung aber glaubt, einen Durchschnitt von 1,6 bis 1,7 Millionen annehmen zu können, dazu über 350 000 Krisenunterstützte, und sie schätzt die Mehrausgaben für je 100 000 Arbeitslose mehr auf 100 Millionen. Diese Schätzung ist unbedeutend,

man kann im Augenblick nicht annehmen, daß die Arbeitslosigkeit zurückgeht.

Die Statistik der Arbeitsämter, z. B. desjenigen für Berlin, beweist das Gegenteil. Auch im Baugewerbe ist eine wesentliche Verstärkung der Arbeitssuchenden zu verzeichnen, 80 Proz. mehr als im Vorjahr. Eine Statistik des I. D. D. B. zeigt, daß die Metallarbeiter im Durchschnitt 17,9 Proz. Arbeitslose haben, die Kupferindustrie 28,7 Proz., die Textilindustrie 15,1 Proz., in einzelnen Gruppen noch wesentlich mehr, die Hutarbeiter 29,2 Proz., die Buchbinder 19,5 Proz., die Lederarbeiter 22,5 Proz., die Tapezierer 30 Proz., die Holzarbeiter 29,6 Proz., die Fabrikarbeiter trotz der relativ günstigen Lage der chemischen Industrie 26,3 Proz., die Laborarbeiter 19,3 Proz., alles ohne die Kurzarbeiter. Von den Saisongewerben haben die Maurer 44,2 Proz., die Bauhilfsarbeiter 48 Proz., die Zimmerer 43,8 Proz., die Steinarbeiter 38,4 Proz. Arbeitslose, selbst in den Saisongruppen einen Durchschnitt von 38,1 Proz. und dazu 13,6 Proz. Kurzarbeiter. Das sind erschütternde Zahlen. (Sehr wahr!)

Die Akkordverdienste der Bauarbeiter sind nicht so hoch wie der Minister behauptet hat, so daß sie die Regenzeit und die Wintermonate leicht ertragen könnten. Eine Statistik der Bauerngenossenschaft ergibt, daß die Bauarbeiter und im Baugewerbe Angestellten 1927 verdienten 1700 M., 1928 waren es 1866 M., 1929 wieder nur 1700 M. Vielleicht hat eine kleine Gruppe etwas mehr verdient, aber ausschlaggebend ist der Durchschnitt. (Zuruf)

Osthilfe vor dem Ausschuss.

Sozialdemokratische Forderungen zur Landarbeiterfiedlung.

Der Reichstagsausschuss für Ostfragen begann am Freitag mit der Beratung des Osthilfegesetzes. Nach Abschluß der Beratungen des Ausschusses wird sich der Haushaltsausschuss des Reichstages noch mit dem Gesetzesentwurf beschäftigen und ihn auf seine finanziellen Auswirkungen hin prüfen.

Der Vertreter der Reichsregierung versicherte am Freitag im Verlauf der Beratungen, daß die Reichsregierung an ihrem Programm festhalte und im Laufe von 5 Jahren je 50 Millionen Mark an Zwischenkrediten für die landwirtschaftliche Siedlung in dünnbesiedelten Gebieten zur Verfügung stellen werde. Die an den vorgesehenen 250 Millionen Mark noch fehlenden Summen sollen in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 bereitgestellt werden. Da es angesichts der Finanzlage des Reiches nicht möglich sei, zur Fortsetzung der Siedlung fortlaufend neue Zwischenkreditmittel bereitzustellen, sollen die Zwischenkredite durch einen auf dem Kapitalmarkt zu beschaffenden Dauerkredit abgelöst werden. Die freiwerdenden Zwischenkreditmittel seien in vollem Umfang wieder für neue Siedlungsverfahren zu verwenden.

Abgeordneter Mertins (Soz.) verwies darauf, daß die Bestimmungen des Reichsiedlungsgesetzes, wonach verdrängte Landarbeiter bei der Siedlung zu berücksichtigen sind, nur auf dem Papier stünden. Von den 10 000 Landstellen, die in der Zeit von 1923 bis 1928 geschaffen worden sind, entfielen nur 475 auf Arbeiter, Angestellte und Beamte, der kleinere Teil dieser Stellen sei sicherlich nur durch Landarbeiter besetzt. Die gesetzliche Bestimmung habe deshalb verlagert, weil die Landarbeiter nicht über die erforderlichen Mittel verfügten. Deshalb stelle seine Partei den Antrag, „aus den im Gesetz zur Verfügung gestellten Mitteln Anzahlungskredite an mittellose, aber sachlich geeignete Arbeiter fällig zu machen. Die Ausführungsbestimmung dazu habe der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit dem zuständigen Reichstagsausschuss zu erlassen“. Obwohl sich auch der Regierungsvertreter grundsätzlich mit diesem Antrag einverstanden erklärte, wurde er von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Bei der Beratung des Umschuldungsparagrafen, die den Reichsfinanzminister zur Uebernahme von Bürgschaften für 400 Millionen Mark Umschuldungsanleihen und 200 Millionen

von der Wirtschaftspartei; überhaupt nicht Akkordarbeit! Da werden Sie wahrscheinlich nicht die Zustimmung der Unternehmer finden, die stets mehr Akkordarbeit fordern.

Eine Ursache des Rückgangs des Baugewerbes ist, daß man den Versicherungsanstalten durch Anfertigung von Zwangsanleihen die flüssigen Mittel weggenommen hat.

Gerade dies hat allgemeines Mißtrauen in die Zukunft hervorgerufen, und die monatelange Unmöglichkeit, rechtzeitig Auslandskapital zu unständigen Bedingungen herinzubekommen. Dadurch sind die Verhältnisse auf dem Baumarkt so ungünstig gestaltet worden. Ich bezweifle, ob das Arbeitsbeschaffungsprogramm gutmachen kann, was man in der günstigsten Zeit des Jahres bereits veräußert hat. (Sehr wahr! links.)

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hätten wir durchschnittlich 2,3 Millionen Arbeitslose; ihre Zahl müßte für die folgenden sieben Monate auf 1,3 Millionen heruntergehen, wenn der Jahresdurchschnitt nur 1,6 Millionen betragen soll. Diese Regierungsschätzung wird nicht zutreffen.

Nun will der Entwurf 110 Millionen einsparen. Die Befreiung der Jugendlichen unter 16 Jahren von der Versicherung trifft in erster Reihe die Ungelernten, denn die Lehrlinge sind schon jetzt befreit. Die Befreiung der gering Beschäftigten ist eine außerordentliche Gefahr für die Heimarbeit. Die Befreiung der Hilfsbedürftigen richtet sich in erster Linie gegen die Städte, deren Fürsorgeempfänger die Anwartschaft nicht mehr werden erreichen können.

Diese Vorschläge sind in ihrer überwiegenden Zahl gegen den Willen der freien Gewerkschaften zustande gekommen.

Nicht übernommen hat die Regierung den Vorschlag, die Befreiung des ländlichen Bestandes von der Versicherungspflicht wieder aufzuheben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen wird eine gewisse Bedürftigkeitsprüfung eingeführt, die eine außerordentliche Verschärfung bedeutet. Man verdoppelt die jetzigen Sperrfristen von 4 und 8 Wochen. Die Sperrfristen werden nicht hintereinander abgehört, sondern infolge der Eigenart des Arbeitsmarktes kann es vorkommen, daß jemand, der vorübergehend Beschäftigung annimmt, bis zu einem halben Jahr unter dem Diktum der Sperrfrist liegt, der Entwurf aber verlängert die Sperrfrist auf mindestens 18 Wochen. (Hört, hört! links.) Die Unterfertigung soll nicht mehr nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst, sondern nach dem Grundlohn berechnet werden. Dadurch würde

jeder, der auch ohne seinen Willen unterverloren ist, zu Schaden kommen. Weiter werden jene, die es nach einem vorausgegangenen Unterstützungsbezug nicht wieder auf neue 52 Wochenbeiträge bringen können und ungeschuldet in Not geraten sind, außerordentlich schwer bedroht.

In Zukunft soll jeder Arbeitslose 14 Tage Vorzeit haben, bisher galt das nur für die Jugendlichen. Ferner soll das Einkommen eines Ehegatten auf die Unterstützung des anderen Gatten angerechnet werden. Hier wird auf fastem Wege eine Bedürfnisprüfung eingeführt, die in striktem Gegensatz zum Gesetz und zu den Pflichten der Reichsanstalt steht. Schließlich soll die Entschädigung, die jemand wegen unberechtigter Entlassung erhält, auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden, was den Fortfall dieser Entschädigung bedeutet. Das sieht nach einer gewissen Billigkeit aus, wie die Entspornis an jemanden, dem man es zumuten kann. Aber in Wirklichkeit schafft man damit

eine außerordentliche Rechtsunsicherheit, denn wer wird noch als Betriebsrat Kopf und Krone riskieren, wenn ihm das geschlechtlich gewährleistete Recht auf Entschädigung im Fall unberechtigter Entlassung entzogen wird? (Beifällige Zustimmung der Soz.)

Wir werden das Gesetz im Ausschuss auf das genaueste prüfen. Die Wirtschaft ist schlecht geleitet und falsch beraten, wenn sie die Löhne drückt.

Wir haben stets der Steigerung des Exports das Wort geredet, aber unser Export beträgt nur 20 Proz. und noch weniger von unserer Gesamtproduktion; die übrigen 80 Proz. müssen vom Inland aufgenommen werden, das kann aber nicht durch Lohnsenkung erreicht werden und nicht durch Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung.

Als Wahrerin und Vertreterin der Lebensinteressen des deutschen Volkes geht die Sozialdemokratische Partei auch an diese Arbeit in der Enschlossenheit, nicht nur die Arbeitslosen vor Verelendung zu schützen, sondern jedes Mittel anzuwenden, das sie wieder in Lohn und Brot bringen kann. (Beifällige anhaltender Beifall der Soz.) (Schluß des Reichstagsberichts in der 2. Beilage.)

Markt Abblösungscheine ermächtigt, betonte Abg. Schmidt-Röpenia (Soz.), daß hier eine Ermächtigung gefordert werde. Die wegen der politischen Verhältnisse und der Höhe der Summe starke Bedenken hervorrufe. Auch der Abg. Schlangensiefen habe zugegeben, daß bankrotte Betriebe nicht gestützt werden dürften. Das sei aber allzu oft geschehen, wie überhaupt bei der Herausgabe von Mitteln Betriernwirtschaft getrieben worden sei. Es sei auch unmöglich, auf Jahre hinaus Mittel zu bewilligen, wie das im vorliegenden Gesetz gefordert wird.

Die Spannung im Mansfelder Revier.

Eine sozialdemokratische Anfrage im Landtag.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Christange und Drecher (Halle) haben im Preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

„In dem Mansfelder Arbeitskonflikt macht sich bei verschiedenen Vorkärgern, die zum Schutze von Arbeitswilligen von auswärts herangezogen wurden, eine starke Nervosität bemerkbar, die schon zu schweren Zusammenstößen geführt hat, trotzdem die Arbeiterschaft anerkanntermaßen eine bewundernswürdige Selbstbeherrschung bewahrt. So haben sich in den Orten Hettstedt, Gr.-Dörner, Siersleben, Kugsdorf in dieser Woche Dinge zugetragen, die sofortige Abhilfe erfordern. Rückfichtlos wurde von einigen Vorkärgern auf Postanten wahllos eingeschlagen; Gewerkschaftsangehörige, die beruhigend eintraten, wurden gleichfalls mit Gummistöcken traktiert, nachdem schon einige Zeit vorher ähnliche Vorkommnisse aus Eisenbahn gemeldet wurden. Diese bezeichneten Vorkärgern üben offene Parteinehme für die Mansfeld-K. G.“

Wir fragen: Ist die Staatsregierung über die gespannte Situation im Mansfelder Gebiet unterrichtet? Ist sie bereit, diejenigen Beamten, die ihrer Aufgaben in diesem Wirtschaftskampf nicht gewachsen sind, abzuberufen?

Der Danziger Volksrat hat mit 93 von 98 Stimmen und vorbehaltlich der Danzig auferlegten Genehmigung durch den Völkerbundsrat, die Verfassungsänderung beschlossen, die die Zahl der Abgeordneten von 120 auf 72, der Senatoren von 22 auf 12 vermindert.

Reichstag und Islands Anhang.

Karl Hindenbrand vertritt unser Parlament.

Reykjavik, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Bei der Tausendjahrfeier des isländischen Parlaments hielt der sozialdemokratische deutsche Reichstagsabgeordnete Hindenbrand folgende Glückwunschsrede:

„Im Namen des Deutschen Reichstags und seines Präsidenten überbringe ich dem isländischen Parlament zum tausendjährigen Gedentag des ersten Zusammentretens des Althing aufrichtige Glückwünsche und herzlichen Dank dafür, daß Sie uns in Ihr schönes Land eingeladen haben. Mit Bewunderung sieht die große Deutsche Republik, die als letztes germanisches Land das demokratische System eingeführt hat, vor der politischen Geschichte des isländischen Volkstammes, der die staatsbürgerlichen Rechte seiner Einwohner immer wieder hochgehalten und gewahrt hat. Deutschlands Wissenschaftler haben sich in langen Zeitaltern mit großer Liebe der Erforschung Ihres an Naturschönheiten und Seltsamkeiten so reichen Landes gewidmet und der Welt die Kenntnis davon vermittelt. Das heutige Fest des Freiheitsfinnes und des Selbstständigkeitsgefühls wird die Augen der jungen Deutschen Republik mit doppelter Freundschaft und Sympathie auf Sie lenken. Wir wünschen den Isländern, daß sie diese ihre stolze Geschichte auch fernerhin im Geiste der Freiheit und der Völkergemeinschaft fortsetzen.“

Rettet Maria Spiridonowa!

Dem Zarismus entronnen — im Sowjetrußland.

Folgender Aufruf geht uns zu:

Seit vollen zehn Jahren schmachtet Maria Alexandrowna Spiridonowa, die heroische Kämpferin gegen den Zarismus, in den Gefängnissen und entlegenen Verbannungsorten Sowjetrußlands. Als junges Mädchen verbrachte sie schon unter dem früheren Regime ein Jahrzehnt im Zuchthaus, aus dem die Revolution von 1917 sie befreite. In dieser Epoche wurde sie Führerin der altrussischen Bauernschaft. Aber

balb verbannte die Sowjetregierung sie wegen ihrer Meinungsverschiedenheiten mit der bolschewistischen Partei aufs neue in den Kerker.

Die zweiundvierzigjährige Frau hat also unter den Nachhobern des alten und neuen Staates Jahrzehnte ihres Lebens für die Befreiung ihres Volkes geopfert. Ihre Gesundheit ist nunmehr derart zerrütet, daß sie kürzlich in Lebensgefahr schwabte. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, den Versuch zu machen, die heldenmütige Frau vor dem Untergang zu bewahren.

In der gleichen Lage wie Maria Spiridonowa befinden sich mehrere ihrer Kampf- und Leidensgenossinnen, die gemeinsam mit ihr für die Befreiung ihres Volkes gekämpft haben. Das Los dieser Märtyrerinnen ihrer Ideale wird niemandem, der von den Leiden heroischer Menschen innerlich berührt wird, gleichgültig sein.

Sie dürfen ihrem Schicksale nicht hilflos überlassen werden.

Schon einmal ist es gelungen, Maria Spiridonowa vom Tode auf dem zarischen Schafott zu retten. Nun droht ihr und ihren Gefährtinnen unter der bolschewistischen Herrschaft Erschöpfung und tödliches Siechtum. Bieleicht ist es möglich, diese Gefahr abzuwenden. Zu diesem Zweck hat sich in Deutschland ein Frauenausschuß „für Maria Spiridonowa“ gebildet, der beabsichtigt, zunächst die materielle Not der russischen Märtyrerinnen zu lindern und ihren Lebensmut aufrechtzuerhalten. Sie sollen wissen, daß Männer und Frauen ganz verschiedenartiger politischer Gesinnung, erschüttert durch ihre tragische Lage, versuchen wollen zu helfen.

Der Frauenausschuß „für Maria Spiridonowa“

Marie Baum, Käthe Kollwitz, Ricarda Huch, Hanna Kosterlich, Marianne Weber.

Anfragen, Zustimmungserklärungen und Geldpenden sind zu richten an die Schriftführerin des Ausschusses Frau Dr. med. Hanna Kosterlich, Berlin W. 50, Warburger Straße 14. — Postfachkonto Berlin Nr. 109 843.

Sowjetredakteure gemäßigert.

Parteileiter und Claqueurbrüder.

In der Redaktion des Abendblattes „Weschernaja Moskwa“ (Abendliches Moskau) sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen; die Schriftleiter haben sich selbst und einer kleinen Gruppe von protegierten Schriftstellern auffallend hohe Honorare zugebilligt und die Schriftleitung, wie es in der offiziellen Bekanntmachung heißt, wie ein Familienunternehmen geführt, um sich Vorteile aller Art zu verschaffen. Die Hauptredakteure Subow und Woroschilin sind abgesetzt worden und es ist ihnen für zwei Jahre jede journalistische Arbeit untersagt worden. Es soll eine neue Redaktion aus bewährten Kommunisten gebildet werden. In politischer Hinsicht hat die „Weschernaja Moskwa“ einen gewissen Uebergang zur Schau getragen, sie suchte immer wieder „partei-feindliche Schädlinge“ zur Strecke zu bringen usw. Wie es scheint, sollte dadurch die Schädlingsarbeit im eigenen Hause mastiert werden.

Russische Flüchtlinge in Estland.

Reval, 27. Juni.

In letzter Zeit sind immer wieder Grenzüberschreitungen durch Flüchtlinge aus der Sowjetunion erfolgt. Vor einigen Tagen kam u. a. ein gewisser Dmitriew bei Peshkur über die Grenze nach Estland, wo er festgenommen wurde. Er gab an, von der GPK in einem Gefangenenlager bei Archangelsk interniert gewesen und von dort geflüchtet zu sein.

Schlägerei in Naziverammlung.

Zahlreiche Verletzte und elf Festnahmen.

Gestern abend veranstalteten die Nationalsozialisten im Saalbau Friedrichshain eine Kundgebung, die zum Schluß mit der üblichen Schlägerei endete. Nach dem Referat des Redners hatte sich ein Kommunist zur Distussion gemeldet. Er hatte faum einige Sätze gesprochen, als es zu einem allgemeinen Tumult kam, der im Augenblick in eine Schlägerei ausartete. Mit Biergläsern und anderen Schlaginstrumenten ließen die Gegner aufeinander ein und ehe die Polizei, die bald mit einem großen Aufgebot zur Stelle war, eingreifen und den Saal räumen konnte, hatten zahlreiche Personen erhebliche Verletzungen davongetragen. Im Anschluß wurde von der Polizei eine Waffensuchung vorgenommen, bei der jedoch nur einige Gummiknöpfe gefunden wurden. Insgesamt wurden elf Personen zwangsgewaltig und der politischen Polizei des Präsidiums übergeben.

Die Deutsche Gefolgsapartei



Curtius: „O weh, jetzt bin ich schon dran!“

Krach beim Hafenkreuz.

Mossakowsky gegen Goebbels. — Goebbels wird als Renommist enthüllt.

Der Leiter der Nationalsozialistischen Pressekorrespondenz, Mossakowsky, ist am Freitag aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ausgetreten. Er gibt dazu folgende Erklärung an die Öffentlichkeit:

„Da zu erwarten ist, daß der Berliner Gauleiter der NSDAP, Herr Dr. Goebbels, über die Gründe für meinen Austritt aus der Partei eine falsche Darstellung in Umlauf setzt, sehe ich mich gezwungen, folgendes festzustellen:

Herr Dr. Goebbels hat in seinem Hindenburg-Belästigungsprojek u. a. behauptet, daß er schon einmal für den Reichspräsidenten von Hindenburg 14 Tage in einem belgischen Gefängnis gefesselt habe und mit Keitpeitschen mißhandelt worden sei. Vom „Jungdeutschen“ und anderen Zeitungen befragt, wo, wann und warum das geschehen sei, schrie Herr Dr. Goebbels sich zunächst 14 Tage aus und gab dann in seinem „Angriff“ eine drei Spalten lange Antwort, die leider keine war. Daraus ging klar hervor, daß Herr Dr. Goebbels weder 14 Tage in einem belgischen Gefängnis war, noch dort mit Keitpeitschen mißhandelt worden ist. Zudem war die eine Verhöhnung des Herrn Dr. Goebbels nach seiner eigenen Angabe nur für einen Tag im Jahre 1924 erfolgt, während Herr von Hindenburg erst im Jahre 1925 zum Reichspräsidenten gewählt wurde.

Damit war mein und einer Anzahl Parteigenossen Verdacht bestätigt, daß Herr Dr. Goebbels — wie es zu seinem Befen gehört

— sich abermals nur wichtig machen wollte und damit selbst in diesem Falle nicht vor einer bewußten Unwahrheit zurückschreckte.

Es ist wohl unmöglich, daß ein solcher Mann auch nur einen Tag länger der nationalsozialistische Gauleiter der Reichshauptstadt und dazu noch Reichspropagandaleiter einer Partei wie der NSDAP bleiben kann. Dieser Auffassung gab ich unter Parteigenossen selbstverständlich auch deutlich Ausdruck. Herr Dr. Goebbels beantwortete das mit einem Antrag auf meinen Ausschluß aus der NSDAP. Um aber den eigentlichen Grund für sein Vorgehen gegen mich zu verschleiern, begründete er seinen Ausschlußantrag mit „Material“, das ein notorischer Demunziant zusammenkonstruierte, um mich als „parteißigipflos“ und „partei-schädigend“ zu brandmarken.

Da außerdem feststeht, daß das Berliner Parteischiedsgericht aus Personen aus der näheren Umgebung des Herrn Dr. Goebbels zusammengesetzt und ihm daher blindlings ergeben ist, ist mein Ausschluß aus der Partei natürlich vorher schon beschlossene Sache und jede Verhandlung nur eine Komödie. Als Protest auch hiergegen erkläre ich meinen Austritt aus der NSDAP.

Selbstverständlich protestiere ich damit nur gegen die Person des Herrn Dr. Goebbels und gegen gewisse Zustände, für die er allein in der Berliner Parteiorganisation voll verantwortlich ist. Mein Verhältnis zur nationalsozialistischen Bewegung wird dadurch nicht berührt. Ich bin und bleibe Nationalsozialist.

Wheatleys Unterhausfih behauptet.

Aber mit stark verringerter Mehrheit.

Glasgow, 27. Juni.

Die Ershawahl in Schottland (Schottland), die durch den Tod des ehemaligen Gesundheitsministers John Wheatley (Arbeiterpartei) notwendig geworden war, brachte folgende Ergebnisse: MacGovern (Arbeiterpartei) mit 10699 Stimmen gewählt; Templeton (Konservative) 10303 Stimmen; MacAicol (Schottischer Nationalist) 2527 Stimmen; Salkatwala (Kommunist) 1549 Stimmen. Die frühere Arbeiterpartei-Mehrheit betrug 6724 Stimmen, die jetzige nur 306 Stimmen.

Vor einem Jahre hatten sich die Stimmen bei den allgemeinen Wahlen im selben Wahlkreis wie folgt verteilt: Wheatley 19504, McK 12870.

Dieser Rückgang der Labour-Stimmen ist zum Teil auf die kommunistische Propaganda zurückzuführen, die viele Arbeiterwähler zu Indifferenten gemacht hat, zum Teil auch auf die große Popularität, deren sich Wheatley persönlich in seinem Wahlkreis erfreute und die sein Nachfolger natürlich noch nicht genießt.

Neuer Vorruf für den Tunnelbau.

London, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus wird am Montag wiederum eine Debatte über den Kanaltunnel erleben. 96 Arbeiterabgeordnete, 21 Liberale und 10 Konservative haben der Regierung eine Petition überreicht, in welcher der Tunnelbau gefordert wird.

Parlament beugt sich vor Hoover.

Kriegsrentenzulage geführt.

Washington, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Das Abgeordnetenhaus beugte sich dem Befehl Präsident Hoovers gegen die kürzlich angenommene zusätzliche Rentenzulage für Kriegsrentenempfänger und nahm die Kompromißvorlage an, welche die jährlichen Rentenzulagen auf 50 anstatt ursprünglich 102 Dollar Millionen festsetzt. Heftige Kämpfe im Bundesessen sind wahrscheinlich.

Der bolivische Aufstand.

Zuerst nur eine andere Militärdiktatur.

Santiago (Chile), 27. Juni.

Das Kommando des Canacho-Artillerieregiments, das sich der bolivischen Stadt Oruro bemächtigte, hat eine Proklamation erlassen, in der die Gründe der Empörung gegen die gegenwärtige Regierung Bolivians dargelegt werden. Die Regierung sei verfassungswidrig und die Aufständischen beabsichtigen daher die Errichtung einer Militärdiktatur, die sofort Verbindung mit den Zivilbehörden aufnehmen werde. Nach der Befriedung des Landes soll ein Volksentscheid über die weitere Bestaltung der Regierung bestimmen.

Der frühere Vizepräsident Bolivians, Saavedra, teilte der „Associated Press“ auf Grund seiner eigenen Informationen mit, daß der eigentliche Aufstand in der Nacht zum Mittwoch in der Militärschule von La Paz begann und von einem großen Teil der Zivilbevölkerung unterstützt wurde. Es kam zu einem blutigen Kampf zwischen den Aufständischen und dem der Militärdiktatur treu gebliebenen Regiment Yaguoi. Am Donnerstag waren die Kämpfe noch im Gange. Nach der Einnahme der Stadt Oruro habe der Führer der dortigen Rebellen General Galindo angekündigt, daß er innerhalb von zwei Tagen einen Angriff auf die Hauptstadt unternehmen werde.

Die Vorgeschichte.

Buenos-Aires, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Unter der Militärdiktatur des Präsidenten Siles hat sich die Wirtschaftslage dauernd verschlechtert — die Arbeitslosigkeit immer größeren Umfang angenommen. Die Zinnbergwerke liegen nahezu still und die Lage der Arbeiterschaft ist verzweifelt. Das war die Ursache der blutigen Kämpfe, die sich seit Wochen im ganzen Lande abspielten, und von denen jetzt Einzelheiten durch Flüchtlinge dem Ausland gebracht werden. Danach stehen Arbeiter, Studenten, ein Teil des Bürgertums und die Armee gegen die Diktatur. In der Hauptstadt La Paz wird seit einer Woche mit wechselndem Erfolg gekämpft. Am vergangenen Sonntag und Montag waren die Aufständischen in der Hauptstadt Herren der Lage, trotz der schweren blutigen Verluste, die sie erlitten hatten. Die der Regierung treu gebliebenen Anhänger gingen am Mittwoch zur Offensive über.

Lohnabbau durch Gesetz?

Die Folgen eines Versuchs der Verwirklichung.

Es spühen jetzt allerlei mehr oder weniger verrückte Pläne auf Abbau der Löhne und Gehälter umher. Die Deutsche Volkspartei, Herr von Siemens in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Reichsbahn-Gesellschaft, um nur die prominentesten Vertreter dieser „Adee“ zu nennen, fordern den Eingriff der Gesetzgebung. Herr Stegerwald hat ihnen allen mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs von Deynhäusen Mut gemacht. Und in der Tat: wenn die im Durchschnitt schlecht bezahlten und lang arbeitenden Arbeiter der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie einen Lohnabbau von 7½ Proz. über sich ergehen lassen sollen, der dann in der Praxis bis auf 30 Proz. steigt — wohl gemerkt, nicht bei den Generaldirektoren, deren Jahreseinkommen sich nur in sechsstelligen Zahlen ausdrücken läßt, sondern bei den Arbeitern — dann ist nicht einzusehen, warum die Unternehmer der anderen Bezirke und Industrien enthaltener sein sollen. Oder wie es Herr Stegerwald in seiner gestrigen Reichstagsrede ausdrückte: „Wenn die Firma Mansfeld von ihren Arbeitern fordert, daß sie ein Opfer bringen für die Aufrechterhaltung des Wertes, da sollen die Firmen Deutsches Reich, Länder und Gemeinden das nicht dürfen, denen es nicht besser geht als der Firma Mansfeld?“

Die Firma Mansfeld mit einem Lohnabbau von 15 Proz. als leuchtendes Beispiel.

dem Reich, Länder, Gemeinden, Reichsbahn und Privatunternehmer mit Hilfe der Gesetzgebung über, wenn der Reichstag nicht gefügig sein sollte, mit Hilfe des § 48 zu folgen hätten.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Organ des ADGB, gibt auf diese hirnkräftigen Projekte die entsprechende Antwort. Sie erinnert zunächst daran, daß dieser Plan seinen Vorgänger hat in der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923, die u. a. alle Tarifverträge mit dreißigtägiger Frist für kündbar erklärte, sofern diese Verträge eine kürzere als die in der Verordnung aufgeführte Arbeitszeit vorsahen. Das Organ des ADGB fährt dann fort:

„Infolge dieses Gewaltstreikes entspann sich im Gesamtbereich der Industrie ein Kampf um die Erneuerung dieser tariflichen Bestimmungen über die Arbeitszeit. Die Gewerkschaften setzten der Verlängerung der Arbeitszeit den kräftigsten Widerstand entgegen. 1924 fanden 1581 Streiks, an denen 641 075 Personen beteiligt waren, und 392 Ausperrungen statt, von denen 976 936 Arbeitnehmer betroffen wurden. Die Ursache des größten Teiles dieser Kämpfe war der Streit um die Arbeitszeit, der durch die erwähnte Gesetzesbestimmung eröffnet worden war. Durch die Streiks des Jahres 1924 gingen nach den Ermittlungen der amtlichen Statistik 13 Millionen, durch die Ausperrungen 22,6 Millionen Arbeitstage verloren.“

Ein Verlust von 35 Millionen Arbeitstagen war also der Effekt des gesetzlichen Gewaltstreikes

gegen den Achtstundentag, und zwar ohne daß das von den Arbeitern dieser Aktion als wünschenswert angelegene Ziel erreicht wurde; denn zahlreiche Äußerungen aus Unternehmertreisen ließen feinerseits deren höchste Unzufriedenheit mit dem — gemessen an ihren Bestrebungen — geringen Umfang der erzielten Verlängerung der Arbeitszeit erkennen. Mit Genehmigung konnten die Gewerkschaften, rückblickend auf die Kämpfe des Jahres 1924,

feststellen, daß ihr Widerstand gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung in hohem Maße erfolgreich war —, trotz der Hilfe, die das amtliche Schlichtungswesen den Unternehmern damals leistete.

Wir appellieren mit diesem Hinweis auf die Erfahrungen aus dem Jahre 1924 nicht an sentimentale Regungen bei den Gegnern der Arbeiterkraft. Ebenjowenig ist es unser Zweck, sie durch Drohungen einzuschüchtern. Beide Verfahren entsprächen nicht unserer Art und Gewohnheit. Beide Methoden hätten auch keine Aussicht, bei unseren fühl rechnenden Gegnern Eindruck zu machen. Es ist lediglich unser Bestreben,

die Rechnung der Unternehmer zu vervollständigen

und die Deffektivität vor dem verhängnisvollen Irrtum zu bewahren, als sei das Ziel, das den Unternehmern vorschwebt, der Lohnabbau, durch einen Federstreich der Gesetzgebung schon erreicht. Dieser Federstreich wäre — wir halten uns streng an das Vorbild von 1923 und 1924 — nur das Zeichen zum Beginn einer unabsehbaren Reihe offener sozialer Kämpfe um den Lohn. Wir erklären dem Unternehmertum sowie der Regierung und der Deffektivität, und zwar gleichfalls ohne jede Sentimentalität: Die Antwort der Gewerkschaften auf einen Gewaltstreik gegen den Lohn nach dem Muster jenes Gewaltstreiks gegen die Arbeitszeit wäre genau die gleiche wie im Jahre 1924. Und auch darüber möchten wir jeden Zweifel zerstreuen, daß der Effekt einer gesetzlichen Aufhebung der geltenden Lohnsätze von der gleichen Art wäre wie das Resultat der Kämpfe, die auf den Paragraphen 12 der Arbeitszeitverordnung von 1923 zurückzuführen waren:

Diese Millionen verlorener Arbeitstage, dazu eine starke Einbuße an Leistungsbereitschaft bei der Arbeiterkraft.

die nachweislich mit erbitterten Arbeitskämpfen stets verbunden ist und den zahlenmäßig sich stetig vergrößernden Verlust an Arbeitsleistung unberechenbar vermehrt, und — schließlich — höchstens ein Teilerfolg des Lohnabbaus. Ja, der Effekt wäre wahrscheinlich im akuten Falle auf beiden Seiten der Rechnung noch bedeutlicher als im Jahre 1924; die Kämpfe wären noch schwerer, die Erfolge der Unternehmer noch geringer. Denn 1924 standen die Gewerkschaften mit geschwächten Kräften im Kampfe. Die Zahl ihrer Mitglieder war stark zusammengeschmolzen, ihre Kassenbestände in der Inflation völlig dahingeschwunden. Das hat sich, wie unsere Gegner wissen, inzwischen sehr zugunsten einer Steigerung der Machtmittel der Gewerkschaften gewandelt.

Und daß die Gewerkschaften alle diese Machtmittel erschöpfen würden in einem Kampfe um den Lohn, wie er bei einer Verwirklichung jener — von Herrn v. Siemens übernommenen — Gewaltidee der Deutschen Volkspartei entbrennen würde, dessen mögen die Urheber und Freunde dieser Idee gewiß sein.

Ihnen das mit voller Aufrichtigkeit in Aussicht zu stellen und sie über das Ausmaß des Widerstandes der Gewerkschaften durch die Anführung schlichter Tatsachen zu belehren, damit sie auch diese Momente bei ihren Erwägungen in Rechnung setzen können, war uns ein Bedürfnis.

Verbandes in Bochum kam in außerordentlich spontaner Weise zum Ausdruck, den Lohnabbau mit der Niederlegung der Arbeit zu beantworten.

Vielleicht hat sich Herr Stegerwald durch Schmirg überzeugen lassen, daß die Arbeiter den Lohnabbau über sich ergehen lassen würden. Aber wissen mußte der Reichsarbeitsminister, daß die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung nicht, wie er gestern im Reichstag behauptet hat, große Kämpfe und noch größere Lohnbewegungen zur Folge haben würde, sondern im Gegenteil, der Lohnabbau dadurch bis zum Herbst unmöglich gewesen wäre. Wir können nicht gut annehmen, daß der Reichsarbeitsminister im Reichstag wider besseres Wissen derartige Behauptungen aufstellt. Allerdings hat Herr Stegerwald einige Tage vor der Verbindlichkeitsklärung vor Pressevertretern gesagt, er denke nicht daran, diesen Schiedspruch für verbindlich zu erklären, wenn er nicht die Garantie habe, daß die Preissteigerung viel größer sei als die Lohnsenkung. Auf Herrn Stegerwalds Worte kann man also nicht bauen. Der Erfolg seiner Taten steht aber in nicht geringerem Gegensatz zu diesen wie die Taten zu den Worten.

Nur feste schwindeln!

Angewandter Leninismus.

Die „Rote Fahne“ hat „entdeckt“, daß die Verschlechterung der Krankenversicherung, die die Regierung Brüning-Stegerwald plant, vom sozialdemokratischen Vorsitzenden des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Helmut Lehmann, und dem früheren Arbeitsminister, Genossen Wiffell, ausgearbeitet worden ist.

Nun ist unter der Ministerschöpfung ein Entwurf zur Reform der Krankenversicherung überhaupt nicht ausgearbeitet worden. Es wurden vielmehr im Oktober 1929 im Ministerium Leitfäden für die Reform zusammengestellt, die die in der Fachpresse veröffentlichten Vorschläge als Grundlage für eine Aussprache zusammensetzten. Der verantwortliche Leiter der Abteilung Sozialversicherung im Reichsarbeitsministerium erklärte bei einer Besprechung dieser Leitfäden, die am 11. November 1929 stattfand, daß der Minister und das Kabinett an diese Leitfäden in keiner Weise gebunden seien, daß die Leitfäden vielmehr nur eine Grundlage für eine Diskussion darstellten.

Der Vertreter des ADGB, Genosse Spliedt, und der Vertreter des KfV-Bundes, Genosse Dr. Cröhner, haben in dieser Sitzung wiederholt rundweg erklärt, daß die Leitfäden zum größten Teil nicht geeignet seien, als Grundlage einer Reform der Krankenversicherung zu dienen. Auch der geschäftsführende Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat in derselben Sitzung erklärt, daß die Leitfäden keineswegs den Forderungen entsprechen, die die Krankenkassen stellen müßten.

Ebenso steht es mit den Ausführungen, die die „Rote Fahne“ über die Besprechungen macht, die zu dem nun vorliegenden Gesetzentwurf zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den einzelnen Spitzenverbänden der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Krankenkassen gepflogen worden sind. Das Blatt behauptet, daß die Forderungen der Krankenkassen mit denen des Gesetzentwurfs identisch seien!

Davon kann gar keine Rede sein! Wenn die „Rote Fahne“ soviel Sachverständnis beweisen würde, wie sie Demagogie befißt, dann hätte sie entdeckt, daß die Summen, die die Krankenkassen einsparen wollen, nicht den Kranken entzogen werden, sondern jenen Kreisen, die es verstehen, aus der Krankenversicherung ein gutes Geschäft für ihre privaten Interessen zu machen. Nur um unserer Partei eins auszuwaschen zu können, bringt es die „Rote Fahne“ fertig, die unerhörte Ausnutzung der Krankenversicherung durch privatkapitalistische Kreise noch zu beschönigen!

Verbandsstag der Schuhmacher.

Erhöhung der Unterstufungen.

Der Verbandsstag der Schuhmacher in Magdeburg hat am Freitag zur Verbesserung der Unterstützung verschiedene Anträge angenommen. Invaliden Mitgliedern, die bei Inkrafttreten der Invalidenversicherung dem Verband 25 Jahre angehört haben, wird gestattet, bis zur Erreichung der Anwartschaft auf Unterstützung einen Invalidenbeitrag von 50 Pfennig zu zahlen. Mitgliedern, die infolge ihres Alters in ihrem Verdienst wesentlich beeinträchtigt sind, wird der Uebertritt in eine niedrigere Beitragsklasse gestattet. Die Streikunterstützung wurde erhöht, in der ersten Klasse von 0,60 auf 0,80, in der zweiten von 1,20 auf 1,60, in der dritten von 1,80 auf 2,40 Mark, in der vierten von 2,40 auf 3,20 Mark und in der fünften Klasse von 3 auf 4 Mark für vollberechtigte Mitglieder. Der wöchentliche Zuschlag für Kinder wurde um 50 Pfennig erhöht. Die Bezugsdauer für Erwerbslosenunterstützung wurde beträchtlich verlängert, und zwar in der höchsten Stufe von 54 auf 60 Tage. Beim Ausgehen wegen schlechten Geschäftsganges über sechs Tage wird die Unterstützung fünfzig vom vierten Tage an gezahlt.

Die kommunistische Verlogenheit wurde zweimal scharf angeprangert. Der linientreue Kommunist Rödel, Verbandsangestellter in Erfurt, hielt es für richtig, von den wilden Gerüchten des Magdeburger Rubel-Blattes über den Verbandsstag abzurufen. Das Blatt hatte geschrieben, daß Rödel auf dem Verbandsstag kräftig die Linie der kommunistischen Gewerkschaftsopposition vertrete, während das Gegenteil der Fall war. Rödel verurteilte diese Art der Berichterstattung, suchte sie aber damit zu entschuldigen, daß kein kommunistischer Berichterstatter zugelassen sei. Der zweite Fall lag schlimmer. Es waren ein Telegramm und ein Brief eingelaufen. Beide berichteten von einer Betriebsversammlung bei der Firma Spieth in Stuttgart, in der gegen die Ausschüsse der Kommunisten protestiert wurde. Das Schreiben enthielt eine Entschließung mit einem Begleitschreiben, das von der „Belegschaft der Firma Spieth“ gezeichnet ist. Die Ortsverwaltung Stuttgart hatte ebenfalls einen Brief geschickt und darin wurde ein Spihubensstreik der Stuttgarter Kommunisten enthielt. Die an den Verbandsstag geschickte Entschließung für die Ausgeschlossenen ist nicht in einer Belegschaftsversammlung gefaßt worden, sondern in einer von der kommunistischen Partei einberufenen Versammlung, zu der von 278 Beschäftigten nur 16 Mann erschienen waren!

Bösartiger Irrsinn.

Ein Heilsopfer des Lohnabbaus.

In der bürgerlichen Presse, unterstützt durch die Presse der AD, versucht man jetzt eine Art Massenpsychose für den Lohnabbau zu erzeugen. Wie immer, unterliegen geistig nicht ganz normale oder gefestigte Personen sehr leicht einer derartigen Psychose. So erklärt sich wohl ein Artikel eines gewissen Egon Bandmann, der in Nummer 25 des in Hamburg erscheinenden „Wirtschaftsdienst“ veröffentlicht wurde. Es kennzeichnet diesen Artikel und seinen Verfasser, wenn da ein allegemeiner Lohnabbau gefordert wird, wobei als Höchstlohn für einen Facharbeiter 45 Mark wöchentlich vorgeschlagen werden. Wir zitieren dann noch folgenden Passus:

„Es wurde bei der Wiederlegung des Kaufkraftindexmehrs bereits erwähnt, daß zwar ein Interesse an einer gewissen Gleichmäßigkeit des Konsums vorhanden, daß aber keineswegs irgendein besonderer Anlaß besteht, eine gewisse Art von billigen Massenlügen für einzelne bevorzugte Arbeiterschichten auskommen zu lassen. Rechnete man, daß derunterste Grenzwert einer Einkommensverwendung eine Sicherung des physikalischen Ernährungsbedarfes ist, daß sodann Wohnung, Verkehrsmittel und Kleidung hinzukommen, dann muß damit für die unmittelbare Gegenwart die Reihe der berechtigten Verwendungszwecke als abgeschlossen betrachtet werden.“

Man sieht, der Mann ist offenbar nicht ganz normal. Doch er sich als Wirtschaftspolitiker in einer immerhin angesehenen bürgerlichen Zeitschrift betätigen darf, kennzeichnet unsere bürgerlichen Wirtschaftspolitiker. Es wurde nun in der Presse behauptet, dieser Bandmann spiele innerhalb der sozialdemokratischen Partei irgendeine Rolle. Davon kann natürlich keine Rede sein. Unseres Wissens war Bandmann allerdings einmal Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Nach seinen Ausführungen im „Wirtschaftsdienst“ ist er es zweifellos nicht mehr. Jedenfalls gehört er ganz wo anders hin, als innerhalb einer ernstzunehmenden politischen Partei.

Die Arbeitszeit der Angestellten.

Genf, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Freitag die Konvention über die Arbeitszeit der Angestellten mit 78 gegen 31 Stimmen angenommen.

Die Arbeitergruppe gab nach der Abstimmung eine Erklärung ab, in der bedauert wird, daß es noch immer große Angestelltengruppen gibt (leitende Stellen und Vertrauensposten, das Gastwirts-gewerbe, Bergnütungs- und Unterhaltungsunternehmen usw.), die keinen internationalen Arbeitsschutz genießen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes wird deshalb ersucht, baldmöglichst zu prüfen, in welcher Weise auch für diese Angestelltenkategorien eine Regelung der Arbeitszeit erfolgen kann.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. folgende Veranstaltungen: Gruppe Tempelhofer Feld: Fahrt nach dem „Bilgeren See“, Treffpunkt um 18 Uhr Oberring Bahnh. Unten einmündlich Mitglieder 1,00 M. — Kreis Obersee: Fahrt nach Eberswalde. — Offiziel: Fahrt nach Dabrowitz, Treffpunkt Oberring Bahnh. um 19 Uhr. — Marzen, Sonntag, Spielstätten des Wochenendes auf dem Jugendlande in Brieselang. — Aktion! Die Mitgliederlisten für die Volkshilfe sind unzureichend. Besprechungen sind möglich bald der Jugendzentrale zu übermitteln. Besprechungen finden Freitag von 16 bis 19 Uhr in der Jugendzentrale, Gewerkschaftshaus, Zimmer 26, Angulufes 24-25.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten
Deuts. Sonnabend, findet folgende Veranstaltung statt: Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz im Humboldthain.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Gees; Wirtschaft: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: R. D. Wäger; Sozial und Konflikte: Erik Kersch; Arbeiter: Th. Gode; Jüdisch in Berlin: Berling; Kommunisten: G. M. D. Berlin; Druck: Hermann-Rudolf-Verlag und Verlagsanstalt „Der Arbeiter“, Berlin, E. B. 11, Unter den Eichen 2, Siegen 2, Belgien und „Jugend-Kommunisten“.

Beamte und Arbeiter.

Sie müssen eine Einheitsfront bilden.

Der Reichskanzler empfing am Freitag die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten, und zwar den Deutschen Beamtenbund und den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gesondert. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Falkenberg und Dr. Wölter setzten dem Reichskanzler die Gründe für die ablehnende Haltung der freien Beamtengewerkschaften gegenüber den Plänen der Regierung auseinander. Sie lehnten die Sonderbesteuerung der Beamten grundsätzlich ab, da hinreichende Ersparnismöglichkeiten im Reichs-etat vorhanden seien und durch Heranziehung der leistungsfähigen Schichten der Fehlbetrag ausgebracht werden könne. Mit besonderem Nachdruck wiesen Falkenberg und Wölter auf die ungeheuren Ungerechtigkeiten hin, die die Beamten im besetzten Gebiet zu erleiden haben, denen ab 1. Juli die Beförderungszulage und die örtlichen Sonderzulagen gestrichen werden.

Auf eine Sonderbesteuerung der Beamten hat also die Regierung Brüning immer noch nicht verzichtet. Nicht umsonst sind seit Jahr und Tag die Arbeiter in der Presse des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften gegen die Beamten ausgeheut worden. Die Hege gegen die Beamten fand draußen im Lande vielfach Anklang. Jetzt aber, wo der Lohnabbau auf der ganzen Linie vor sich gehen soll, werden die Massen stuhlig. Die Arbeiterkraft erkennt, daß sie und die Beamten gegeneinander ausgespielt werden sollen. Sie erkennt, daß in dem Augenblick, wo die Beamten mit Hilfe eines Sondernotopfers einen Gehaltsabbau aufgebracht bekommen haben, der Weg zum allgemeinen Lohnabbau halb geöffnet ist. Der Gehalts- und Lohnabbau ist der Angelpunkt, an dem sich Regierung Brüning und Unternehmertum begegnen.

Demgegenüber müssen Arbeiter und Beamte den Ernst der Stunde erkennen und begreifen, daß sie zusammenstehen müssen. Werden sie gegeneinander ausgespielt, müssen sie die Sehe bezahlen. Die Sachenden sind dann die von der Regierung Brüning geschützten Besitzenden, die keine Erbschaftsteuer bezahlen und die mit einer halben Milliarde Steuern rückständig sind, ferner die Reichswehr mit ihrem Kistenet und die Feudalen und Blutokraten des Auswärtigen Amtes mit ihren dicken Pfänden.

Stegerwalds Erfolg.

Vor einem Riesenkampf im Ruhrgebiet.

Bochum, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Die Lage in der Gruppe Nordwest ist noch immer sehr undurchsichtig. Die bisher bekanntgegebenen Sätze des Akkordlohnabbaus in den Betrieben schwanken zwischen 5 und 30 Proz. Um eine klare Entscheidung zu hintertreiben, haben viele Betriebe für Sonnabend und Montag Feiertage eingelegt. Man rechnet anscheinend damit, daß die Arbeiter dadurch gezwungen sein werden, am Dienstag zu arbeiten und so die neuen Akkordsätze anzuerkennen.

In einer tiefen Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-

Wir schützen das neue Berlin!

Sozialdemokratische Etatrede im Stadtparlament / Die Demagogen kneifen

Die gestrige Stadterordnetenversammlung brachte die großangelegte Etatrede des sozialdemokratischen Fraktionsführers Erich Flatau. Während seiner sachlichen und klaren Ausführungen herrschte im ganzen Hause größte Ruhe und gespannteste Aufmerksamkeit. Der Redner zeigte, wie die Sozialdemokratie bis zuletzt bereit war, positiv am Etat mitzuarbeiten und wie durch das verantwortungslose Handeln der Deutschnationalen die praktische, im Interesse Berlins gelegene Arbeit sabotiert worden ist. Deutschnationale, Wirtschaftspartei und Kommunisten haben sich als gefährlichsten Feinde der Reichshauptstadt erwiesen. Sie tragen vor der Öffentlichkeit die Verantwortung für alle Folgen ihrer zerstörenden und kurzfristigen Politik.

Bevor zu Beginn der Sitzung die Fraktionsführer ihre abschließenden Reden zum Etat hielten, wurde über die restlichen Etatkapitel Hauptverwaltung, Handel, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft, Vorbehaltsmittel, Kapital- und Schuldenverwaltung, Grundstücke, außerordentliche Verwaltung, Steuern und anderes abgestimmt. Dabei interessierte insbesondere die Ablehnung eines Antrages der Wirtschaftspartei, der die Abschaffung der Gewerbesteuer, die Einführung einer Warenhaussteuer und ein Zuschlagsrecht der Gemeinden zur Einkommensteuer verlangte. Angenommen dagegen wurde ein Antrag, solchen Gewerbetreibenden, die nicht mehr als 5000 Mark Einkommen im Jahre haben, die Gewerbesteuer zu erlassen. In den Schlussabstimmungen wurden die Beschlüsse des Haushaltsausschusses, unter denen sich viele sozialdemokratische Anträge befinden, gutgeheißen. Dann folgte die Etatrede der Sozialdemokraten.

Die Rede Flatau:

Seine letzten Worte beim Nachtragetat für 1929 waren: Auf Wiedersehen beim Haushalt 1930. Der Wiedersehenstag ist nun gekommen, aber die Wiedersehensfreude ist nicht allseitig groß. Das soll aber meine Fraktion nicht hindern, ihre Stellung zum Haushaltsplan der Stadt Berlin für das Jahr 1930 klar und eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Von einer Seite ist der neue Etat als „Hungeretat“ und von anderer Seite als „Etat der Wahrheit“ gekennzeichnet worden. Die durch die katastrophale Wirtschaftslage hervorgerufene riesige Erwerbslosigkeit mit allen ihren Folgen hat den Wohlfahrts- etat so befallen, daß dadurch das Gehalt des Etats überhaupt völlig beeinträchtigt ist. Es ist daher ohne weiteres zu erklären, daß der Wohlfahrts- etat mit insgesamt 252 Millionen Mark ein Mehr von über 45 Millionen gegenüber dem Vorjahr aufweist. Selbst

nach während der Ausschuhberatungen sind weitere 19 1/2 Millionen dazugekommen. Zu diesen riesigen Mehrausgaben kam das Defizit von 1929, das ebenfalls in den neuen Haushalt eingestellt werden mußte.

Wir Sozialdemokraten haben immer zu erkennen gegeben, daß wir, geleitet von der Verantwortung unseren Wählern gegenüber, an der Ausgestaltung eines Etats stets positiv mitarbeiten werden.

Daß wir aber an der Verantwortung für diesen Etat wie für alle vorhergegangenen, gleichermäßen diejenigen Fraktionen teilnehmen lassen wollen, die durch die Verweigerung endgültig positiver Mitarbeit bisher jeden Etat gefährdeten. Man kann also, das soll besonders hervorgehoben werden, absolut nicht von einem Etat der Sozialdemokratie sprechen oder von dem irgendeiner anderen Fraktion; es gibt eben nur einen Berliner Etat, an dem alle Stadterordneten praktisch mitzuarbeiten haben, die Verantwortungsbewußtsein und den ersten Willen haben, wirkliche Selbstverwaltungsarbeit zu leisten.

Wir haben uns als sozialdemokratische Fraktion ernsthaft und, wie ich mit Stolz sagen kann, mit Erfolg bemüht, diesen Etat zu verbessern.

Das gilt vor allen Dingen für die Etatgebiete der Wohlfahrt, der Gesundheit, der Schule, der Jugendfürsorge, der Volksbildung. Die von uns gestellten und in ihrer großen Mehrheit angenommenen Anträge zeigen die Geradlinigkeit sozialdemokratischer Kommunalarbeit.

Der Redner kritisierte dann einzelne Etatkapitel und die Dezerenten der zuständigen Verwaltungen, um schließlich eine Anzahl ganz besonders hervorzuheben. Er kritisierte Anträge zu kritisieren. So hätten beispielsweise die Anträge der Kommunisten zur Unterstützung der Erwerbslosen bei ihrer Annahme dazu führen müssen, daß etwa ein Ehepaar mit drei Kindern im schulpflichtigen Alter einen Monatsunterstützungssatz von 320 Mark erhalten hätte. Die Antragsteller scheinen allerdings dabei ganz übersehen zu haben, daß 320 Mark nicht der Durchschnittslohn der in Arbeit Stehenden ist. Es ergibt sich also, daß nach der Ansicht der Kommunisten der Arbeitende weniger erhalten soll als der Nichtarbeitende, obgleich der erstere an der Aufbringung der Mittel für den so hoch zu unterstützenden beteiligt ist. Allein beim Wohlfahrts- etat hätten die Mehrausgaben nach den Anträgen der Kommunisten 377 Millionen Mark ausgemacht, wozu noch die im Etat stehenden 252 Millionen hinzugekommen wären.

Die Annahme aller kommunistischen Anträge zusammen hätten eine Mehrausgabe von 454 Millionen Mark erfordert, denen an vorgeschlagenen Ersparnissen nur 16 Millionen Mark

gegenübergestellt hätten. Wenn man dazu noch die Mehrausgaben aus den Anträgen bei den städtischen Gesellschaften mit etwa 100 Millionen Mark veranschlagt, so kann man sich, wenn man bedenkt, daß die Kommunisten für die Aufbringung der notwendigen Mittel auch nicht einen einzigen ernsthaften Vorschlag gemacht haben, ein Bild von der Berliner Etatgestaltung nach dem Willen der Kommunisten machen. Im Haushaltsausschuh ist von der Notwendigkeit von Revisionen auch bei der Rotstandsaktion gesprochen und ein diesbezüglicher Antrag angenommen worden. Die Einstellung solcher Revisionen soll nach sozialdemokratischem Vorschlag aus dem Kreise der hierfür geeigneten Erwerbslosen erfolgen und nur die Kommunisten waren dagegen. Wir können deshalb in aller Öffentlichkeit feststellen, daß jeder Arbeitslose mit gutem Gewissen ruhig der Tätigkeit solcher Revision entgegengehen kann, denn gerade wir, wir, der Ueberzeugung ist, daß die immer wieder auftauchenden Behauptungen von Betrügereien beim Unterstützungsempfang übertrieben sind, muß im Interesse der falsch beschuldigten Arbeitslosen durch die Revisionen die Möglichkeit der Widerlegung geben.

Zum Gebiet der städtischen Gesellschaft übergehend, bemängelte Stadterordneter Flatau, daß die Leitungen einiger Gesellschaften ihre Arbeitsgrundlagen fast nur in den für die betreffende Gesellschaft in Betracht kommenden Gesetzen gesehen haben und sich viel zu wenig, manchmal auch gar nicht als Teil städtischer Gemeinschaft fühlten. Das wünschen die Sozialdemokraten in Zukunft geändert zu sehen. Die Gesellschaften bzw. die Generalversammlungen müssen durch den Hinzutritt von Stadterordneten ein für die städtischen Körperschaften verantwortliches Organ werden. In keinem Falle darf die Organisation und die Wirtschaftsführung einer Gesellschaft durch plötzlich gegründete Tochtergesellschaften unklar und beeinträchtigt werden. Wir erinnern übrigens bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck an die von der Stadterordnetenversammlung fast einmütig als wünschenswert angeordnete Normalisierung der hohen Direktorengehälter.

Die Demagogie der Kommunisten.

Wir Sozialdemokraten können uns die Mitarbeit am Etat nicht so leicht machen, wie es die Kommunisten tun, die sich einfach an den Parteigrundlag halten, daß eine positive Mitarbeit verboten ist.

Die Kommunisten machen es sich sehr leicht. Sie stellen Millionenanträge, „entlarven“ uns und lehnen dann jeden Etat aus Prinzip ab. Hunderte von Millionen mehr fordern die Kommunisten. Das ist ein Mehr von ungefähr 65 Proz. der gesamten Etatsumme. Dedung zu suchen ist „reformistisch“ wäre auch eine parteiunabhängige positive Mitarbeit. In Nr. 119 der „Roten Fahne“ vom 23. Mai d. J. lesen wir unter der Überschrift „Kommunalpolitische Entgleisungen und ihre Ueberwindung“:

„Ein Genosse stimmte in der Kommission des Gemeinderats einer vom Gemeindevorsteher vorgelegten Umformulierung eines Beschlusses zu. Es bedurfte wiederum einer längeren Debatte in der kommunalpolitischen Ortsgruppenleitung um dem Genossen klar zu machen, daß es nicht Aufgabe des kommunalpolitischen Gemeindevorsteher ist, „positive Mitarbeit“ in der Kommune zu leisten, und daß die kommunalpolitischen Gemeindevorsteher nicht vor den Grenzen der bürgerlichen Gesellschafft zurücktreten dürfen.“

Nimmt man als Ergänzung dieser heroischen Feststellungen die Ausführungen des Herrn Bied während der Debatten über die Sparmaßnahmen hinzu: „Wir wissen, daß auch die von uns geforderten sogenannten Beihilfen nicht alle den Gemeinden übertragenen Aufgaben lösen werden“, so erhält man ein völlig abgerundetes Bild von dieser besonderen Art der Vertretung proletarischer Interessen in der Gemeinde.

Der Redner erwähnte dann, daß der Etat ursprünglich einen Fehlbetrag von rund 64 Millionen Mark enthielt, der sich im Laufe der Haushaltsausshuhberatungen zuletzt auf 83 1/2 Millionen Mark erhöhte. Dieser Fehlbetrag ist durch Einnahmeerhöhungen (hauptsächlich gekürzt) worden, trotzdem blieb aber immer noch ein Defizit von rund 55 Millionen Mark. Bei der Suche nach Dedung würde es unerträglich und unverantwortlich sein, wenn man wohl- und ziellos gerade die Kapitel zusammenstreichen wollte, die die finanziellen Voraussetzungen für die sozialen und kulturellen Leistungen der Stadt Berlin darstellen.

Diese Leistungen zu erhalten, ist oberster Grundsatz der Sozialdemokraten.

Obwohl die Sozialdemokraten bereit waren, bei der Beratung des Etats und bei seiner endgültigen Gestaltung Opfer zu bringen, kann uns trotzdem nicht eine Beteiligung am endgültigen Abschluß zugemutet werden, wenn durch die Mehrheitsverhältnisse der Stadterordnetenversammlung die Verabschiedung unmöglich erscheinen muß.

Die Verantwortung für alle daraus sich ergebenden Folgen tragen die Fraktionen, die durch ihre Haltung dieses Resultat herbeigeführt haben

und, wie gesagt werden muß, bewußt herbeigeführt haben. Kommunisten, Wirtschaftspartei und Deutschnationale befinden sich dabei in einer Front. Die linke Seite des Hauses wollte überhaupt keinen Ausgleich. Die Deutschnationalen kamen nach langwierigen inneren Fraktionskämpfen dazu, eine Anzahl Bedingungen zu stellen: selbstverständlich konnten wir nicht darauf eingehen. Unter der Vorpiegelung einer Beteiligung an der Sanierungsarbeit will besonders die rechte Seite des Hauses politische Geschäfte machen. Demgegenüber haben wir zu erklären, daß wir es als unsere Verpflichtung ansehen, mit erhöhter Energie die städtische Verwaltung vor einer Erweiterung der deutschnationalen Einwirkungsmöglichkeiten zu bewahren.

Wir würden uns selbst vernichten, wollten wir nicht — auch mit Hilfe der anderen verantwortungsbewußten Gruppen — dafür sorgen, daß das, was durch die sozialdemokratische Initiative mühevoll in zehn Jahren geschaffen und geleistet wurde, wieder vernichtet wird. Wir Sozialdemokraten wissen, daß unsere kommunale Arbeit in Berlin, insbesondere unsere Mitarbeit an diesem Etat, in den Kreisen des ausgeklärten Proletariats verstanden werden wird. Wir wissen, daß anerkannt werden wird, daß das Ziel unserer dies-

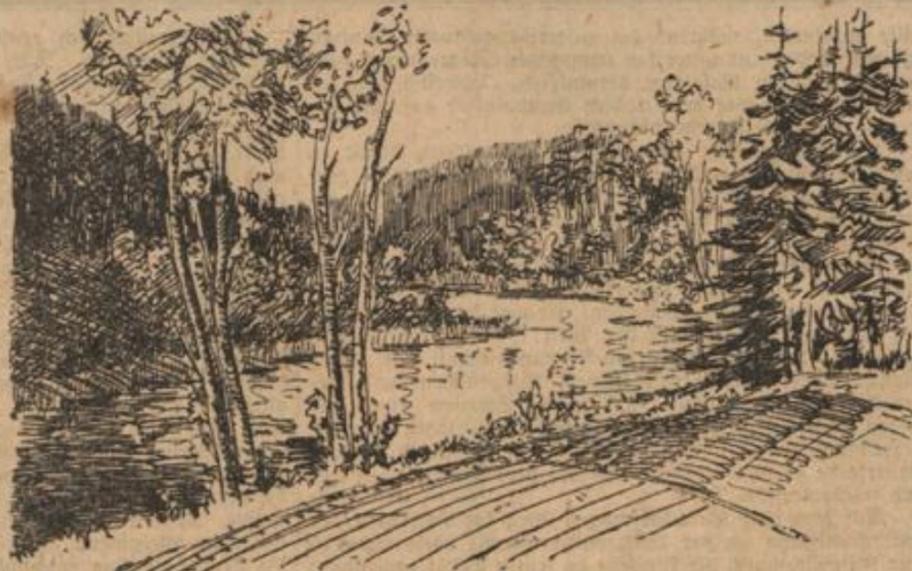
Wochenende in der Mark

Ausflüge in die weitere Umgebung

Der Blumenthal.

Strausberg ist wegen seiner Vorortverbindung der geeignete Ort, von dem man die Wanderung in das schöne Waldrevier „Der Blumenthal“ antreten sollte: zwei Wege bieten sich dem von Berlin kommenden dar, und sie haben den Vorteil, daß sie recht verschieden voneinander sind, dabei aber auch in ihrer Gesamtheit den Besucher in die schmucke Stadt selbst unter allen Umständen führen. Der eine geht vom Bahnhof Strausberg aus, der andere vom Rordende der Stadt — beide führen zum Gampensee. Man wähle den einen zum Hinweg, den anderen zur Rückwanderung — vorausgesetzt, daß die Beine einen Marsch von je etwa 5 Stunden verkraften. Wer dies nicht leisten will, der gehe vom Gampensee nach einer der beiden nahen Stationen der Berlin-Briezener Bahn: Tiefensee oder Leutenberg. Die Sonntagsfahrt ist für diesen Zweck wohlweise Strausberg-Leutenberg gestaltet.

Entscheiden wir uns für Rückkehr nach Strausberg, so gehen wir gleich vom Bahnhof Strausberg entweder direkt oder über Eggersdorf nach der Landhausstation Hohenfließ und von da auf der Westseite des schönen Bög. Sees nach Spilmühle und dann längs des Jägerssees — ebenfalls auf der Westseite — nach Wendehaber Mühle. Weitergehend auf dem Westrande des Gampensees gelangt man zum nördlichsten der Seen, die in der unteren Hälfte der Gampensee sich befinden — zum Keffelsee. Die von Norden herkommende Senke hat, wie sie den Blumenthal durchschneidet, eine ganze Anzahl von Seen, die für diese Wanderung nicht in Betracht kommen — innerhalb des Blumenthals liegen noch drei Seen: im Sinne unseres Weges, also von Süden nach Norden, betrachtet: der Gampensee, der Mittelsee und der Langsee, alle drei nur durch schmale Landstücke getrennt. Die Wanderung im Gampenseegrund endet an der Chaussee Bernerschen-Brögel, von der man einen schönen Blick auf den schmalen Gampensee hat.



Der Gampen-See.

Wer nun Anschluß an die Briezener Bahn haben will, geht langs des Gampensees bis zur Landzunge zum Mittelsee; von hier links nach Tiefensee und rechts nach Leutenberg. Der den zweiten Weg zum Gampensee für die Rückkehr nach Strausberg Benutzende geht auf der Brögelers Chaussee einige Schritte nach Osten, dann südwärts zum Forsthaus Heidekrug, von hier auf der alten Berliner Straße östlich weiter und rechts ab durch den Grenzgrund zum Lattisee (Großer und Kleiner Lattisee), einem Gewässer einer zweiten den Blumenthal durchziehende Senke. Zu ihr gehört auch der Ihlandsee, dem wir jetzt zustreben und an dessen Westseite wir wandern, bis wir die Straße nach Willendorf erreichen. Auf ihr rechts, dann bald links in die nach Strausberg führende Straße einbiegend, haben wir das am motorbootbefahrenen Straussee liegende Schlußstück der Wanderung erreicht. Einmal Ruhe am Seeufer oder einem der vielen wunderschönen Punkte der nächsten Umgebung wird dem Wanderer willkommen sein, ehe ihn die Wagen der elektrischen Straßenbahn zum Bahnhof entführen.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

jährigen Wirksamkeit war: eine wirklich positive Arbeit zum Wohle der notleidenden Massen. (Seh. Weisfall und Händeklatschen bei den Soz.)

Herr Dieck weiß nichts zu sagen.

Nach der Rede Piotous läßt die Aufmerksamkeit, die während seiner Ausführungen das ganze Haus gezeigt hatte, sofort nach. Als der Kommunist Dieck das Wort nimmt, spricht er vor fast leeren Bänken. Der kommunistische Redner verliest eine Erklärung, die schon lange vorher formuliert, mit keinem Wort auf die für seine Fraktion so belastenden Feststellungen des sozialdemokratischen Redners einget. Das betretene Schweigen, das auf der äußersten Linken herrschte, als der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende die unehrliche Politik und Unfähigkeit der Kommunisten anprangerte, hatte schon gezeigt, daß die Kommunisten keine Möglichkeit haben, sich zu verantworten. Dieser Einrud wurde durch die Ausführungen des Herrn Dieck nur verstärkt. Dem Kommunisten folgt der deutsch-nationale Sprecher von Jedlin. Er polemisiert gegen alle städtischen Gesellschaften, im besonderen gegen die Verkehrs-gesellschaft. Dabei entschließt ihm das Geständnis, daß die Deutschnationalen den sozialdemokratischen Stadtrat Reuter gerade wegen seiner, ihnen unangenehmen, Energie kürzen möchten. Nachdem der Redner einen Artikel aus dem „Vorwärts“ zitiert hat, der sich mit der Haltung der Deutschnationalen im Ausschuß beschäftigt, wendet er mit besonderem Pathos gegen die Rotstandsaktion und die Erwerblosen überhaupt. Er schließt mit der eingeweihten Kreise längst bekannten Feststellung, daß die Deutschnationalen Partei den Etat ablehne, weil man ihr die Kosten, die sie befehlen möchte, nach wie vor zahlen sollte.

Im weiteren Verlauf der Stadtrats-Sprache Stadt. Caspari (D.P.), der am Schluß seiner Ausführungen, gegen die Deutschnationalen gewandt, feststellte: Wir haben mit den Deutschnationalen in den Ausschußberatungen einen Ausgleich des Etats gefunden, aber in dem Augenblick, wo die Beratungen zu einem guten Ende gekommen schienen, stellten die Deutschnationalen ihre überhöhten Forderungen. So, meine Herren, von der Rechten, geht die Zusammenarbeit nicht; Bedingungen muß man an den Anfang der Verhandlungen stellen. Über den Deutschnationalen scheint es darauf anzukommen, nach dem Fall des Etats die Berliner Steuern vom Oberpräsidenten bestimmen zu lassen. Keine Fraktion kann sich das Diktat der Deutschnationalen gefallen lassen. Vor Schluß gegen 22 Uhr verabschiedete das Haus noch eine Reihe kleiner dringlicher Vorlagen.

Der müde Stadtkämmerer.

Keine Wiederaufnahme der Geschäfte. — Rücktrittsgesuch eingereicht.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Stadtkämmerer Dr. Lange hat, nachdem gestern das gegen ihn schwebende Disziplinarverfahren durch Freispruch seitens des Bezirksauschusses zur erledigung gekommen ist, seine Vernehmung in den Ruhestand auf Grund ärztlicher Zeugnisse beantragt. Der Entschluß, in den Ruhestand zu treten, war bei Stadtkämmerer Dr. Lange schon längere Zeit vorhanden. Er hat jedoch den Antrag erst jetzt gestellt, um auch nur den Anschein einer etwa beabsichtigten Beeinflussung zu vermeiden.

Einige Spätabendblätter ergehen sich bei ihren Kommentaren zu dieser allerdings überraschenden Nachricht in den seltsamsten Prophezeiungen. Man spricht davon, daß die Sozialdemokraten für den Posten bereits mehrere Kandidaten bereit halten. Als aussichtsreichster Kandidat wird der parteigenössliche Stadtkämmerer von Frankfurt a. M., Dr. Aich, genannt. Alle diese Nachrichten sind frei erfunden. Weder im Magistrat noch in der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion hat man sich bisher mit der Frage des Nachfolgers für den zurückgetretenen Stadtkämmerer beschäftigt.

Befreiungsfeier des Reichsbanners.

Plakonzert und große Kundgebung im Lustgarten.

Die bereits angekündigte Rhein-Befreiungsfeier des Berliner Reichsbanners am Montag abend im Lustgarten beginnt bereits um 18 $\frac{1}{2}$ Uhr. Um diese Zeit findet ein Plakonzert statt, das von den vereinigten Reichsbanner-Musikkapellen Berlin-

Schweres Gewitter über Berlin.

Ueberschwemmungen. — Hochbahnverkehr zeitweise gestört.

Gestern abend kam über Berlin ein schweres Gewitter zur Entladung, das stellenweise von einem wolkenbruchartigen Regen begleitet war. Das Unwetter tobte besonders im Westen und in den Außenbezirken Berlins mit großer Heftigkeit und wurden durch die niedergehenden Regenmassen Ueberschwemmungen verursacht.

Das Gewitter setzte kurz vor 20 Uhr ein und zog sehr langsam über die Stadt hinweg. Es handelte sich um ein ausgesprochenes Wärmegewitter, das auffallend zahlreiche elektrische Entladungen zur Folge hatte. In mehreren Stellen schlug der Blitz ein. So wurden in der Albrechtstraße in Steglitz, in der Chausseestraße in Britz und in der Dorfstraße in Tempelhof mehrere Straßenbahnleitungen durch Blitzschlag zerstört. Der Straßenbahnverkehr war dadurch längere Zeit unterbrochen. Eine besonders schwere Verletzung wurde auf der Hochbahnstrecke Gleisdreieck—Waltower Straße verursacht. Durch Blitzschlag oder starke Wassermengen, die genaue Ursache konnte noch nicht ermittelt werden, wurde zwischen den Stationen Hallesches Tor und Prinzenstraße das Stromkabel unterbrochen. Mehrere Züge blieben mitten auf der

Strecke liegen. Die Störung setzte um 20.40 Uhr ein und war erst kurz vor 21.30 Uhr wieder behoben.

Die Berliner Feuerwehr wurde in kurzer Zeit etwa 50 mal alarmiert, um bei Ueberschwemmungen Hilfe zu leisten. Nach den vorliegenden Meldungen sind Neukölln, Spandau, Hermsdorf und Tegel vom Unwetter besonders schwer betroffen worden.

Erdrutsch in Neukölln.

Bürgersteig im Umkreis von 50 Quadratmeter eingestürzt.

In Neukölln ist in der Hermannstraße vor dem Grundstück Nr. 79/81 der Bürgersteig in einem Umkreis von etwa 50 Quadratmeter infolge Wasserrohrbruchs eingebrochen. Die Unfallstelle wurde nach Alarmierung der Feuerwehr abgesperrt.

Allgemeine Flugblattverbreitung

heute Sonnabend, den 28., und Sonntag, den 29. Juni

Die gegenwärtige politische Lage verpflichtet die Genossen, sich restlos an der Flugblattverteilung zu beteiligen. Es darf kein Flugblatt in den Ausgabestellen liegen bleiben! Der Bezirksvorstand.

Friedrichshain, Berlin-Treptow, Berlin-Weißensee und einem Spielmannszug unter Leitung des Kameraden Beyer-Treptow ausgeführt wird. Zum Vortrag gelangen: „An Treue fest“, die Ouvertüre zu „Orpheus in der Unterwelt“, „Fackeltanz“ von Meyerbeer, der Marsch „Treu dem Banner“, das Potpourri „Vom Rhein zur Donau“, zwei Märsche „Brüder zur Sonne“ und der „Reichsbannermarsch“ (schließen diesen einleitenden Teil der Kundgebung.

Um 20.15 Uhr findet der große Fahnenanmarsch statt, nach dessen Beendigung Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid die Festrede hält.

Riesenbrand bedroht die Stadt.

Lösung unmöglich. — Munitionsfabrik in Gefahr!

Prag, 27. Juni.

Durch einen Blitzschlag ist in Pardubitz ein Riesenbrand entstanden, der die ganze Stadt bedroht. Gegen 18 Uhr schlug ein Blitzstrahl in die Spiritusrefinerie ein und setzte sie in Brand. Nach kurzer Zeit war das ganze Fabrikgebäude eingestürzt. Die gesamten Spiritusvorräte in Höhe von 18 400 Hektoliter, die einen Wert von 10 Millionen Kronen haben, brennen. Nach Ansicht der Feuerwehr wird der Brand, an dessen Lösung nicht mehr gedacht werden kann, noch ein bis zwei Tage dauern und einen Schaden von 20 bis 30 Millionen Kronen zur Folge haben. Für die Stadt Pardubitz und Umgebung besteht große Gefahr, da nur 5 Kilometer von der Brandstelle entfernt eine Explosivstofffabrik und eine große Petrochemiefabrik sich befinden.

Die Frageabende des Archivs für Sexualwissenschaft finden während der Ferienmonate einschließlich September nicht statt.

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

Übersetzt von Cl. Melner. — Meyer & Jessen, Vertrieb, München.

Doch aus dieser Masse von Geschäftsjüngern ragten doch zwei oder drei hervor, die interessant waren: Sam Weintraub, ein junger, beweglicher, rotthaariger, schlanker Jude, der in Brooklyn geboren war. Er rauchte mit Kennermiene diese Zigarren, verstand sich gut zu kleiden und erzählte von Tennispartien im Prospect Athletic Club. Una war überzeugt davon, daß er eines Tages ein eleganter Sekretär oder Prokurist sein würde; er würde ein Auto besitzen und sich nach dem Theater im Frack und mit immer dickeren Zigarren im Munde im Restaurant sehen lassen. Sein Raffinement machte ihr ein wenig bange. Er war der einzige, dem gegenüber sie sich als Neuling fühlte.

J. J. Todd, ein zurückgezogener, unschlüssiger, fleißiger Mann um die Dreißig, aus Chatham auf Cape Cod. Er war es, der in Tischgesprächen heftig die Aufteilung des Gewinnes verteidigte, die Sam Weintraub leichtsin als „sozialistisch“ abtat.

Am besten gefiel ihr der junge enthusiastische Sanford Hunt, der, unfertig in seinem Wesen, sehnsüchtig auf die Gelegenheit wartete, sich einem Größeren anzuschließen. Weintraub und Todd saßen zu Unas beiden Seiten; sie hatten jenen großen, romantischen Vorwitz für sich; die Nähe. Sanford Hunt jedoch war ihr in seinem Winkel am anderen Ende des Zimmers aufgefallen, weil er so knabenhaft und verlassen um sich blickte.

An einem Regentag half er ihr einmal, einen Gummischuh in dem vollgestopften Garderobezimmer suchen, während die Mädchen klüften und die Elegants der Schule johlten und einander auf den Rücken schlugen und sich möglichst ähnlich ihrem Schülerideal aufführten — ein Ideal, zweifellos vom Kino und aus Studentenzugenen in Pöffen hergehol. Una sah, daß J. J. Todd sie anstarrte, ohne seine

Hilfe anzubieten, während der zusammengesauerte Sanford auf dem Boden und unter den schmutzigen Manteln nach dem vermissten linken Galoschen herumtrug. Nähernd wie ein lieber Junge tauchte er mit dem Gummischuh auf und begleitete sie zur Untergrundbahn.

Er brauchte nicht sehr ermutigt zu werden, damit er von seinen Plänen erzählte. Er war einundzwanzig — drei Jahre jünger als sie. Er war eine Halbwaite, in Newark geboren; hatte sich im Büro einer Jersey-City Farben-Aktiengesellschaft vom Laufburschen bis zum Büroschreiber emporgearbeitet; hatte sich Geld erspart, um einen Handelskurs zu machen und wollte dann zu seiner Firma zurück, in der Hoffnung, Abteilungsleiter zu werden. Er war davon überzeugt, daß „der herrlichste Mann der Welt“ Herr Claud Lowry, Präsident der Lowry-Farben-Aktiengesellschaft, sei; der nächstherrliche: Herr Ernest Lowry, Vizepräsident, und Generaldirektor; der nächste Herr Julius Schwirz, einer der beiden Reisenden — Herr Schwirz hatte zwei Jahre lang den Schreibtisch neben seinem gehabt —, und „daß Lowrys Dauerfarbe heute die beste Farbe auf dem Markt sei — einfach unübertrefflich!“

Auf dem fünf Minuten-langen Weg zur Haltestelle der Untergrundbahn an der Achtehnten Straße hatte Sanford Una schließlich durch die Hingabe an seinen Beruf gewonnen; er war eifrig und treu wie ein junger Soldat, der voll Stolz bei seinem Regiment dient. Una stimmte ihm darin bei, daß dieser starrsinnige J. J. Todd verrückt sei mit seinen Theorien über Gewinnaufteilung und Anteilscheine der Angestellten. Solange sie mit dem jungen Sanford zusammen war, fand sie, ganz wie er, daß „die Chefs all diese Dinge so viel besser verstehen — und wie! sie haben ja auch so viel mehr Erfahrung — und außerdem kann man nicht von ihnen verlangen, daß sie ihren ganzen Gewinn hergeben, diesen umherziehenden Agitatoren oder einem Farmer aus Cape Cod, wie diesem Todd, zuzuliebe! Solche Theorien tun einem Burschen nicht gut; das einzig Richtige ist, bei seinem Beruf zu bleiben und vorwärtszukommen.“

Es war eigentlich verboten, sich im Studierzimmer zu unterhalten, doch wurde ständig leise gesprochen und geflüstert, und Sam Weintraub berichtete Una täglich von seinen Tennispartien, Tanzereien und Abendessen im Prospect-Athletic-Club. Durch ihn bekam sie ein Bild von dem New York, in dem manche Leute tatsächlich geboren waren und es so selbstverständlich nahmen wie sie ihr Panama.

Neues Darlehen für die Bewag.

2,6 Millionen zur Förderung von Rotstandsarbeiten.

Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. hat für bestimmte Erdbewegungsarbeiten und Kabelverlegungen beim Bau des Westkraftwerks und einzelner Bauvorhaben des Bauprogramms 1929 die Anerkennung als Rotstandsarbeiten und damit eine verstärkte Förderung durch Darlehen aus Reichs- und Landesmitteln zugesagt erhalten.

Das Darlehen wird unter Zugrundelegung von 66 667 Arbeitslosentagewerten mit je 12 M. verstärkter Förderung insgesamt 800 000 M. betragen und mit 400 000 M. als Reichs- und 400 000 M. als Landesdarlehen gewährt werden. Die zuständigen Regierungsstellen haben der Bewag ein weiteres Darlehen von insgesamt 1 800 000 M. zur verstärkten Förderung von Arbeiten aus dem Nachtragsbauprogramm 1929 und dem Bauprogramm 1930 zugesagt.

Es werden somit den Elektrizitätswerken voraussichtlich insgesamt 2,6 Mill. Mark, und zwar 1,3 Mill. Mark aus Reichs- und 1,3 Mill. Mark aus Landesmitteln als Darlehen zur verstärkten Förderung von Rotstandsarbeiten zuzuführen.

Im Flugzeug geflüchtet?

Tschechischer Offizier landet auf dem Flugplatz in Gandaу.

Breslau, 27. Juni.

Auf dem Flugplatz in Gandaу landete ein tschechoslowakisches Militärflugzeug, dessen Insasse ein tschechoslowakischer Leutnant war. Er gibt an, sich aus persönlichen Gründen von der Truppe entfernt zu haben. Das Flugzeug ist polizeilich sichergestellt; der Flieger verbleibt vorläufig in polizeilichem Gewahrsam.

Uralzeff in Berlin festgenommen.

Am Donnerstag abend wurde der Russe Alexander Uralzeff, der seinerzeit im Mittelpunkt des aufsehenerregenden Raiffeisenkandals stand, in einem bekannten Berliner Hotel festgenommen. Die Festnahme erfolgte auf Grund eines Haftbefehls, den die Dresdener Staatsanwaltschaft gegen Uralzeff wegen Urkundenfälschung erlassen hat. Uralzeff, der die im Haftbefehl gegen ihn erhobenen Beschuldigungen natürlich bestritt, wurde, ohne im Berliner Polizeipräsidium vernommen zu werden, nach Dresden gebracht, wo er noch gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde.

Geselle Maxime E. Meier spricht am kommenden Sonntag, dem 30. Juni, im Rahmen einer religiösen Feierstunde in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Carl-August-Platz, über das Thema: „Die Religion, die Peinot der Selbstatlosen“.

Sie bemühte sich ernstlich, selbst eine richtige New-Yorkerin zu werden. Nach dem Mittagessen — einigen belegten Broten und einem Apfel, von denen mitgenommen —, das sie in dem surrenden, lärmersfüllten Klassenzimmer verzehrte, durchstreifte sie die Stadt. Manchmal sah Sanford Hunt um Erlaubnis, mitgehen zu dürfen. Einmal stolzierte auch Todd neben ihr her und brachte sie durch seine Enttäuschung über einen antisozialistischen Straßenredner auf Madison Square in Verlegenheit. Einmal begegnete sie Sam Weintraub in der Fünften Avenue, und er zeigte ihr nachlässig in einem vorbeifahrenden Auto einen Mann, von dem er behauptete, daß er John D. Rockefeller sei.

Doch auch während der Mittagszeit konnte Una mit den Mädchen, die den Kursus besuchten, nicht recht in Fühlung kommen. Sie sah in ihnen entweder nur Stenotypistinnen dritten Ranges oder hochnasige Großstadtpräsidenten, die alles über „Jungens“ und „Kewen“ und „Fehen“ wußten. Mit Ausnahme des gutmütigen Fräuleins Rognihan und des ältlichen, zaghaften, fleißigen Fräuleins Ingals, die wie Una, aus der Kleinstadt kamen, und des entzückenden, kleinen, hübschen Fräuleins Moore, die man unbedingt gern haben mußte, sah Una die Mädchen des Kursus nur als Masse.

Sam Weintraub, J. J. Todd und Sanford Hunt waren die Leute, die Una beobachtete und gern hatte, und an die sie dachte, als anfangs November die Schulleitung alle Kursusteilnehmer zu einem Tanzabend einlud.

3.

Die Aufregung, das Gelächter und die Diskussionen über Ansteckklumen, Tanzschuhe, Kopfpup und Tänzer, welche das Klassenzimmer während der Mittagspause und das Garderobezimmer nach Schluß erfüllt waren, waren wie mitternächtlige Stille im Vergleich zu dem Tumult in Unas Brust, als sie zu entscheiden suchte, ob das blaue seidene Abendkleid oder das weiß und rosa gemusterte Crêpe-de-Chine-Kleid für diese Gelegenheit passender wäre. Das Crêpe-de-Chine-Kleid war älter, aber sie hatte das blaue Seidenkleidchen so oft angehabt, daß auf einmal das Crêpe-de-Chine-Kleid neuer und weniger abgetragen aussah. Nach Beratungen mit der Mutter, wobei das Crêpe-de-Chine-Kleid unzählige Male ausgebreitet und mit dem Zeigefinger unsichtbare, geometrische Figuren darauf gezeichnet worden waren, entschied Una, daß es nach einigen kleinen Änderungen „gehen würde“.

(Fortsetzung folgt.)

Der Koyot und seine Familie

Ein heiteres Indianermärchen / Erzählt von Hans Rudolf Rieder

Der Koyot lebte mit seiner Frau, einem Sohn und einer Tochter. Sie lebten im Walde, es ging ihnen so, daß sie meist nicht mußten, was sie essen sollten. Eines Morgens zog die Frau mit den Kindern los, um Holz zu holen. Sie hatte die Äste des umgewälzten Baumes heraus, da sprang plötzlich ein Hirsch auf, der sich in dem Gesträuch verbrochen hatte. Es lag tiefer Schnee, der Hirsch brach bis zum Bauch ein. Die Frau sprang rasch hinzu und fing ihn am Schwanz.

„Lauf, halt den Vater, daß er den Hirsch schießt!“ Die Kinder eilten nach Hause: „Komm schnell. Die Mutter hat einen Hirsch gefangen. Du sollst ihn schiessen.“ Er lief hinaus, hatte einen Ast von einem Baum und ein paar Stöcke aus einem Strauch. „Geht zurück. Sagt, ich komme gleich.“ Dann warf er die Stöcke fort und suchte sich zwei andere. Er lief wieder in die Hütte. Die Riemen an den Schuhen fehlten, er machte sich neue. Er ging eine Strecke und kehrte wieder um. „Nest werden wir ja genug zu essen haben.“ Er holte den Tod mit getrockneten Beeren, schüttete ihn aus und verzehrte den ganzen Inhalt. Nun machte er sich einen Bogen und zwei Pfeile. Dann zog er los.

Die Frau hielt noch immer den Hirsch am Schwanz. Zuerst stampfte sie der Koyot vor einem Baum den Schnee fest, damit er gut stehen könne. Dann zielte er. Dann rief er: „Daß geht los!“ Sie ließ den Hirsch los. Der Hirsch begann zu laufen, und der Koyot schoß. Erst traf der Hirsch auf der harten Schneekruste, in dem Augenblick, als der Koyot schoß, sank er tief in den Schnee, — der Pfeil flog über ihm hinweg. Der Koyot zielte und schoß wieder. Da kam der Hirsch an eine harte Stelle im Schnee und stand hoch, — der Pfeil flog unter ihm durch. Der Koyot hatte keine Pfeile mehr, und der Hirsch lief davon.

Der Koyot warf ihm noch seinen Bogen nach. Nun standen sie da. Die Frau sprach: „Ich habe Hunger, ich gehe nach Hause.“ Das kleine Mädchen weinte, es mochte nicht mehr gehen. Die Frau mußte es auf dem Rücken tragen. Der Knabe weinte auch. So kamen sie in die kalte Hütte. „Wer hat die ganzen Beeren gegessen?“ Nichts war mehr übrig von ihrem Wintervorrat. Die Frau nahm das Mädchen wieder auf den Rücken, alles andere warf sie hin und ließ es liegen. „Das war nun die letzte Enttäuschung. Ich habe genug von solch einem Leben.“ Sie ging mit der Tochter davon.

Der Koyot blieb mit seinem Sohne allein. Mistolum hieß der Knabe, das Mädchen Quotapfel. Mistolum begann zu weinen. „Weine nicht. Die Mutter wird schon wiederkommen, wenn sie hungrig wird. Wo sollte sie auch hingehen?“ Die Frau kam aber nicht wieder. Hungrig war sie schon, als sie fortzog. Sie ging durch den Wald zu anderen Leuten und blieb bei ihnen. Ein paar Tage warteten der Koyot und der kleine Mistolum, dann zogen sie ebenfalls fort, sie folgten der alten Hirschspur.

Sie wanderten umher und kamen an einen Biberdamm. „Nun werden wir bald zu essen haben.“ Der Koyot riß den Damm ein, daß das Wasser abfloß und das Biberhaus im Trocknen stand. Er griff hinein, zog einen jungen Biber heraus und schlug ihn gleich tot. Die Biber sprachen: „Der Koyot ist außer. Er wird uns alle umbringen. Wir müssen uns verstellen.“ Sie bissen sich in die Lippen; als er sie herauszog, ließen sie Blut aus dem Maule tropfen und stellten sich tot. Der Koyot freute sich: „Seid ihr schon tot!“ Das ist gut, dann hab' ich keine Arbeit.“ Er legte die Biber nebeneinander ans Ufer und ging, um Feuerholz zu holen. Vorher bünd er die Biber mit den Schwänzen an dem kleinen Mistolum fest.

Kaum war er außer Sicht, so standen die Biber auf: „Ich meine, wir gehen nun wieder ins Wasser.“ Sie sprangen in das tiefe Wasser und zogen den schreienden Mistolum mit. Der Knabe schrie: „Vater, Vater!“ Das hörte der Koyot und kam zurück. Er sah nach die Füße

seines Sohnes aus dem Wasser fieden. Die ergriff er und zog ihn heraus, die Biber bissen sich inzwischen los.

Nun hatten die beiden nichts als den kleinen Biber zu essen. Der Koyot röstete ihn und zerlegte ihn. Die fetten, weichen Stücke gab er dem Mistolum, das zähere Fleisch behielt er für sich. Als aber der Knabe zu essen begann, sagte er: „Komm, wir wollen zuschauen.“ Er aß selbst die fetten Brocken, er aß viel schneller als der Knabe. Als er mit seinem Teil fertig war, verzehrte er auch noch das Uebriggebliebene von dem anderen. Mistolum begann zu weinen. „Weine nicht. Wir werden jetzt weiter wandern.“

Sie gingen dahin, es war sehr kalt. Der Koyot mußte den Knaben tragen, es wurde immer kälter. Er giß aus und rutschte eine lange Strecke den Berg hinab, bis er mit dem Knaben gegen einen Baum schlug. Er stand auf. Der kleine Mistolum lag da und verzog das Gesicht. „Schst du darüber, daß ich abrutzte? Ich will es dir noch einmal vormachen, es ist wirklich lustig.“ Er stieg hinauf und ließ sich noch einmal herunterrutschen. Der Knabe machte stets das gleiche lachende Gesicht, so rutschte der Koyot immer von neuem herab. „Freut es dich? Warum lachst du nicht manchmal laut?“ Er ging hin und ergriff den Knaben. Da sah er, daß er tot war, er war erfroren. „Nun ist er erfroren, und ich möchte ihm Spaß machen.“

Der Koyot wanderte weiter, er kam jetzt rascher vorwärts. Er gelangte in am Dorf. Ein großes Fest stand dort, und er spähte hinein. Drinnen sah eine junge Frau mit dem Rücken zur Türe gewandt, ein Kind lag in der Wiege. Die Frau gesah dem Koyoten. Er dachte bei sich: „Wenn die Frau allein wäre, möchte ich gern zu ihr gehen. Aber das Kind ist im Wege. Ach was, ich kann das Kind auch tottreten.“

Von seinen Gedanken fing das Kind zu weinen an. Aus einem Nebenzelt kam eine Frau herbei, es war die Frau des Knaben. „Warum hast du das Kind erschreckt? Es ist dein Enkelkind. Deine Tochter hat hier den Häuptling geheiratet.“

Die Frau fragte weiter: „Wo hast du unseren Sohn Mistolum gelassen?“ „Er ist im Walde erfroren.“ „Das hätte ich mir denken können, daß er es bei dir nicht gut haben wird.“ „Geht es euch hier gut?“ „Komm mit in mein Zelt, ich gebe dir zu essen.“ Er ging mit ihr und bekam reichlich zu essen. Die Frau sprach: „Bleib heute hier im Zelt. Die Männer zogen auf die Hirschjagd. Wenn sie am Abend heimkehren und beisammen sitzen, so sag dich nicht gleich zu ihnen. Warte erst bis morgen.“ Der Koyot freute sich nun, einen Häuptling als Schwiegerohn zu haben.

Am Abend hörte er die Männer drüben im Zelt des Häuptlings. Sie saßen und verzehrten das frische Fleisch. Der Koyot stand auf und ging auch hinüber. Er trat in den Kreis an den Platz neben dem Häuptling. Wie er sich setzen wollte, schob ihn jemand gegen die Wand. Sie reichten Fleischstücke herum, der Koyot streckte die Hand aus und griff nach einem Stück. „Es ist nicht für dich. Es ist für den nächsten.“ Sie reichten immer die Fleischstücke an ihm vorbei, er bekam gar nichts. Nachdem sie gegessen hatten, erhoben sie sich und gingen. Der Koyot stand ebenfalls auf. Er suchte nach seiner Manteldecke. Sie lag bei der Türe und war ganz schmutzig. Die anderen hatten sich die Füße daran abgewischt.

Der Koyot sah im Zelt bei seiner Frau. Er war wütend über die Männer. Er sprach: „Was denken sie eigentlich? Bin ich ein Niemand? Ich werde ihnen schon zeigen. Morgen werde ich es ihnen zeigen.“ Die Frau gab ihm zu essen. „Red' nicht so laut. Du könntest sie noch ärgerlich machen.“ Drüben aus dem Häuptlingszelt sprach eine Stimme: „Wer ist der fremde Kerl? Nun redet er auch noch. Man müßte ihn todschlagen.“ Der Koyot trat hinaus. Da blies der Wind, daß das Zelt kasschte. Da lief der Koyot erschreckt davon und wanderte weiter.

Das verängstigte Kind

Von Dr. K. Weitzel

Als ich kürzlich eine mir bekannte Familie besuchen wollte und an der Vorkaustür klingelte, hörte ich schon von draußen lautes Weinen. Ich mußte nochmals klingeln, bis mir die Kinder öffneten. Die Eltern waren kurze Zeit weggegangen, und in ihrer Abwesenheit hatte der elfjährige Fritz beim Spielen versehentlich mit dem Arm eine Vase heruntergeschlagen, die in tausend Scherben am Boden lag. Fritz, den ich nur als stilles, etwas gedrücktes Kind kannte, schluchzte zum Herzerbrechen, klammerte sich an mich und beschwor mich, ihn mitzunehmen, denn er fürchte sich so vor den Eltern und befürchte gar solche Schläge. Meine Beschwichtigungsversuche nützten nichts, und er blieb schluchzend, bis ich ihm versprach, wenigstens bis zur Ankunft der Eltern dazubleiben. Diese waren in der Tat aus höchste Erregung und wollten sofort eine „exemplarische“ Bestrafung vornehmen. Erst im letzten Augenblick gelang es mir, sie zu einer ruhigen Aussprache auf die Stühle zu zwingen. Diese dauerte eine Stunde, und wenn der Vater auch schwer zu überzeugen war, so gelang es mir, bei der Mutter Boden zu gewinnen, und damit war die nötige Beschlüsse gefaßt. Leider waren es viel Binsenwahrheiten, die ich ihnen vorsichtig beibringen mußte: vom Strafen in der Erregung, von der Einrichtung und Aufsichtnahme eines Zimmers, das als Aufenthaltsort der Kinder dient, vom Bewegungstrieb der Kinder, von versehentlichen Handlungen, die jedem Erwachsenen genau so passieren können, von einem hübschen Worte Theodor Fontanes, das ich in seinen „Kinderjahren“ gerade gelesen hatte; daß nämlich „beschränkte Leute von der Erziehungsvorstellung die Vorstellung der Strafe nicht trennen könnten“, und schließlich von all dem, was sie mit einer solchen Bestrafung des Kindes heraufbeschwören! Wie leicht kann ein derartig verängstigtes Kind zu einer unüberlegten, verzweifelten Handlung getrieben werden, wie leicht auch auf den Weg der Lüge und damit auf die Bahn einer zunehmenden Entfremdung zu seinen Eltern!

Ein Kind wird ja nicht nur von seinem Bewegungstrieb, sondern überhaupt von den Eigentümlichkeiten seines Charakters und seiner Anlagen viel stärker beherrscht als der Erwachsene. Drückt aber die Autorität des Erwachsenen zu sehr auf das Kind, verdrängen die Eltern gar, ihm seine Welt zu rauben und in die junge Seele etwas hineinzuzwingen, wofür die Natur in ihr keinen Lebensboden geschaffen hat, so ersticken sie das Kindes Eigenpersönlichkeit und vernichten bodenständiges Leben. Neugierlich zeigen solche Kinder stets ein verängstigtes, verschüchtertes Wesen. Man hüte sich also davor, dem Kinde etwas als schlecht einzureden, was es als einen Teil seines Wesens in sich fühlt und was zu pflegen ihm Bedürfnis und Seligkeit ist. Man vermeide es, ihm fortwährend zu sagen:

„Du kannst nichts, aus dir wird nichts!“ Nein, es giß lebendig zu machen, nicht zu erlösen und zu ertöten! Nur so wird das Kind einmal eine starke, zieselere Persönlichkeit.

Witunter schreibt sich die Verängstigung des Kindes auch aus einem anderen Erziehungsfehler her, aus der Unsitte, ihm allzu phantastische, ja furchterregende Geschichten zu erzählen, bei denen man das Grauseln lernen kann. Werden derartige Vorstellungen einer drohenden Gefahr oder auch nur schreckhafte Bilder in die Kindesseele gepflanzt, so kann schon die Erwartung von etwas Unbekanntem, was nicht in den alltäglichen Vorstellungskreis hineinkommt, im Kinde gewohnheitsmäßige Angstzustände hervorrufen. Es ist oft sehr schwer, derartig verängstigten Kindern wieder die Welt des Wirklichen mit ihren Hoffnungen zum unerkennbaren Bewußtseinsinhalt zu machen. Nur ruhiger Zuspruch, Geduld und schließlich reger Verkehr mit den verschüchterten gleichalterigen Gespielen werden hier zur Gesundung führen und das Kind zum Selbstvertrauen hinführen.

Von Pestalozzi stammt das Wort: „Menschen sind Rätsel von Gott.“ Es ist nicht verwunderlich, daß sich gerade ihm, einem der ersten, der tiefer in die Seele des Kindes zu forschen wußte, diese Beobachtung immer wieder ausdrängte. Liegt doch auch die Vielgestaltigkeit menschlicher Wesensanlagen in der Jugend ganz besonders klar zutage! Ein solches Rätsel sind für den Erzieher oft diejenigen Kinder, deren Gefühlsleben besonders stark entwickelt ist. Sie pflegen heutzutage nicht die große Menge auszumachen, finden sich aber unter Knaben genau so häufig wie unter Mädchen. Sie sind feiner behaftet als die anderen, oft ruhen in ihnen künstlerische Anlagen, aus denen bei rechter Pflege und Beachtung Bedeutendes werden kann; mitunter fehlt ihnen aber die Brücke, die vom Kinderland in die wirkliche Welt führt. Schüchtern bis zur Venzgilligkeit, werden sie rot und verlegen, sowie man sie nur anspricht, und unter ihren ruhigeren Kameraden fühlen sie sich vereinsamt, zumal sie häufig in der Abgeschlossenheit der Kinderstube aufgewachsen sind. Karl Schefker schildert in seinem „Jungen Tobias“ einen solchen Knaben und sucht gleichzeitig nach einer Erklärung seines Wesens: „Die Verlegenheit war ihm wie ein körperlicher Zwang, sie war wie eine Röhmung... von den fremden Menschen ging für ihn ein Strom von Willen und Kraft aus, der ihn vollkommen verwirrte. Vor dem, was ihm stärker erschien, wurde der Knabe verlegen, weil er sich selber gering vorfand. Es ist schwer zu sagen, was es mit dieser peinigen Verlegenheit auf sich hat, ob die Verlegenheit mehr etwas Körperliches von Seiten der Nerven ist oder etwas rein Seelisches, dergestalt, daß seelische Kräfte mit Hilfe der Verlegenheit Abperrungsmaßnahmen gegen die Außenwelt ergreifen, um in der

ihnen wesentlichen Entfaltung nicht von außen gestört zu werden.“ Es bedarf keines Wortes, daß gerade hier eine zielbewusste Leitung des Kindes notwendig ist, daß man es früh an fremde Gesichter, Menschen und Eindrücke gewöhnen muß. Mit Geduld und sachlichem Zuspruch wird auch hier allmählich der rechte Ausgleich zwischen einer derartigen Charakteranlage und den Erfordernissen der Wirklichkeit erreicht werden können.

Das verängstigte Kind ist — ganz gleich aus welchen Quellen die Verängstigung stammt — für das spätere Leben schlecht gerüstet. Aus derartigen Kindern pflegen die Menschen hervorzugehen, die infolge ihres herabgedrückten Selbstbewusstseins niemals Kraft entwickeln können und keiner Lage gewachsen sind. Bei allem, was sie tun, fragen sie nur danach, was die anderen von ihnen denken, und statt Selbstsicherheit und Glaube an sich selbst folgt ihnen wie ein Schatten jene Lebensangst, die es ihnen immer wieder unmöglich macht, das Leben und den Erfolg zu zwingen. Eltern und Erzieher sollten daher alles tun, um heutzutage einer Verängstigung und Verschüchterung des Kindes vorzubeugen!

Die Stadt der 100 prozentigen Moral

Eine neue Sittenordnung, die jedem, der gegen ihre Bestimmungen verstößt, mit Strafen von 100 Dollars oder 30 Tagen Gefängnis bedroht, ist von dem Bürgermeister der Stadt Willacoochee im nordamerikanischen Bundesstaat Georgia kürzlich in Kraft gesetzt worden. Danach ist es jebermann verboten, nach ein Uhr nachts bis zum Sonnenaufgang in den Straßen der Stadt spazieren zu gehen, es sei denn, daß es für eine solche nächtliche Wanderung eine stichhaltige, den aufsichtführenden Beamten befriedigende Erklärung zu geben vermag. Als geschwändrige Handlung gilt ferner, wenn jemand nach Mitternacht bis zum Morgen ein fremdes Haus betritt, sofern er dafür keinen befriedigenden Grund anzugeben vermag. Eines strafwürdigen Vergehens macht sich auch jeder verheiratete Mann, der nicht geschieden ist, schuldig, wenn er bei einer Fahrt mit einem oder mehreren Mädchen betroffen wird, oder ein Vertreter des starken Geschlechts, ganz gleich, ob verheiratet oder ledig, der nach Mitternacht mit einer Frau oder einem Mädchen eine Spazierfahrt macht. Straßlos bleiben nur die Fälle, in denen die erriapten Gesetzesübertreter dem Beamten nachweisen können, daß die nächtliche Fahrt über jeden moralischen Zweifel erhaben ist. Mr. Davis, der sittenstrenge Bürgermeister der guten Stadt Willacoochee, ist nicht wenig stolz auf seine moralische Tat. „Ich habe bereits von verschiedenen Magistraten amerikanischer Städte Anfragen über die Wirksamkeit meiner neuen Verfügung erhalten“, erklärte er. „Ich weiß zwar nicht, ob eine andere Gemeinde dem von uns gegebenen Beispiel bereits gefolgt ist. Ich kann es aber allen Kollegen zur Nachahmung empfehlen, die das ehrlische Streben haben, allerlei Dingen einen Riegel vorzuschieben, wie sie in vielen kleinen Städten auf dem Land leider gang und gäbe sind. Man würde gleichwohl sehnen, wenn man etwa annehmen wollte, daß wir in Willacoochee drakonische Sittengesetze eingeführt haben, die irgendwie in das Berufsleben oder das private Unterhaltungsbedürfnis einer Dame oder eines Herren eingreifen. Wir fordern nichts weiter als die Wahrung des öffentlichen Anstandes von denen, die ihre Selbstachtung und mit ihr die Achtung vor den anderen verloren haben.“

Wie ist der Kuß entstanden?

„Warum küssen sich die Menschen?“ fragt Schöffels weiser Rater Hildigeigel im „Trompeter von Säckingen“ und beahndet damit die Verwunderung, die die Tierwelt über diese sonderbare Gewohnheit der Menschheit ergreift. Uns aber erscheint diese süße Art der Begrüßung und der Liebkosung so natürlich und selbstverständlich, daß wir uns eine Welt ohne Kuß gar nicht denken können. Auch dies ist ein Verium. Bekanntlich gibt es eine große Anzahl von Völkergemeinschaften, die den Kuß nicht kennen und sich von dieser „innlosen Praxedur“ schäudernd abwenden. Man braucht ja nur an die Japaner zu denken, die erst durch den Him die Ruhmode kennen gelernt haben und sich noch heute gegen sie ablehnend verhalten. Auch bei primitiven Völkern fehlt vielfach der Kuß, und man hat daraus geschlossen, daß es sich dabei um eine verhältnismäßig junge Kreuzung in der Geschichte der Menschheit handelt. Es ist ziemlich sicher, daß sich Adam und Eva nicht geküßt haben, sondern für ihre Liebkosungen das — Nasenreiben verwendeten.

Der gelehrte britische Ethnologe Warren A. Dawson beschäftigt sich in seinem soeben erschienenen Werk „Der Jügel des Pegasus“ mit der Entstehung der Kuhlitta und kommt zu der Behauptung, daß der Kuß eine „entartete“ — oder wie wir vielleicht höflicher sagen würden „vererbte“ — Form der Zeremonie des Nasenreibens ist, durch die ebenso die alten Ägypter der Pyramidenzeit wie die modernen Maoris von Neuseeland sich begrüßen. Diese Zeremonie wird aus uralten mythischen Vorstellungen erklärt. Das Reiben der Nasen war eine Erleichterung des Riechens und ursprünglich ein Teil eines heiligen Vorganges, bei dem der Gott den Atem des Lebens in die Nüstern des Königs einblies. Das war die göttliche Methode, um Lebenskraft und Herrschermacht auf den lebenden König zu übertragen und den toten Herrscher dadurch zu neuem Leben zu erwecken. Als dann im Lauf der Zeiten diese rituelle Zeremonie von den Fürsten auch auf die gemöhnlichen Sterblichen übertragen wurde, wurde das Nasenreiben, d. h. das Einblasen der Lebenskraft in einen anderen, unter den Völkern als Gruß und Bezeugung einer Freundschaft allgemein. Es war eine Weiterentwicklung, als man im europäischen Altertum dazu überging, den Atem direkt vom Mund zu Mund zu übertragen, und so kam es zu der Berührung der Lippen, die gewiß bald als angenehm empfunden und von den Liebenden eifrig benutzt wurde. So geht also letzten Endes der Kuß auf den Glauben zurück, daß man dem anderen etwas von dem Kosibarsten, was man besitzt, nämlich von seinem eigenen Lebensodem mitteilt.

Der letzte Engländer am letzten Schandpfahl. Vor 100 Jahren hatten die Londoner zum letztenmal Gelegenheit, einem unterhaltenden Schauspiel beizuwohnen, das Jahrhunderte hindurch der Menge eine vollstümliche Unterhaltung geboten hatte. Am 24. Juni 1830 wurde der Pranger in London zum letztenmal benutzt, um einen Delinquenten, einen gewissen Peter Boh, der des Meineides überführt war, der öffentlichen Schande preisgegeben. Der Ursprung der entehrenden Strafe des Prangernehmens ist nicht bekannt, aber schon im Jahre 1256 war, nach Aussage eines Bildes, der Pranger in England im Gebrauch. In früheren Zeiten wurde die Strafe noch durch körperliche Bestrafung, wie das Abschneiden von Haat und Ohren verhängt. Im 18. Jahrhundert brach sich dann eine mildere Praxis Bahn. Das galt aber auch nur in der Theorie, da es den Zuschauern freistand, ihrer Verachtung nach Guldünken Ausbruch zu geben. Diese Verachtung äußerte sich um so drastischer, je unbeherrschter sich der Delinquent beim Volk gemacht hatte. In diesem Falle wurde er häufig genug mit faulen Eiern und anderen Turigefüllten bombardiert; es kam sogar vor, daß das Opfer geseinigt wurde.

Wallfischfleisch wird, nachdem das Del herausgezogen wurde, in Büchsen konserviert und findet unter den Eingeborenen der Westküste Afrikas bereitwillige Aufnahme.

Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung.

Scharfe Kritik der Sozialdemokratie.

Nach der Rede des Abg. Grafmann (Soz.) über die Arbeitslosenversicherung, über die wir im Hauptblatt berichtet haben, sprach

Abg. Wolf-Stettin (Dnat.): Das Parlament ist an dem Defizit mitschuldig. Die übermäßigen Lohnforderungen der Arbeiter nach der Inflation, die eine berechtigte Reaktion gegen die Verelendung der Inflation waren, haben eine neue Markenwertung verschuldet. Die Beamtenbefolgungserhöhung, die Verschwendung kommunaler Gelder durch Luxusbauten, die bedenkenlose Hereinnahme von Auslandskrediten haben unsere Krise und die katastrophale Arbeitslosigkeit erzeugt. Durch Nacht kann man gegen Wirtschaftsgesetze keine Lohnhöhung erzwingen.

Der Geist der Rassenliebe und Sozialpolitik mindert das Kapital der Volkswirtschaft.

Die Arbeiter haben das größte Interesse an der Erhaltung der Wirtschaft, weil sie ihre Existenz dadurch stützen. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß der Arbeiter in dieser Wirtschaft mehr beachtet wird, denn die Arbeiterfrage ist keine reine Magenfrage. Der geringste Arbeiter leistet Gottesdienst an der Nation. (Zuruf von den Kommunisten: Amen!) Andererseits fehlt in weiten Kreisen die Anerkennung der Unternehmerpersönlichkeiten, die opferbereit und tatkräftig sind. (Ironische Zurufe links.) Ohne das Unternehmertum könnten die Arbeiter verhungern. (Heiterkeit links.) Nachdem ich nun diese volkswirtschaftlichen Ausführungen gemacht habe... (Schallende Heiterkeit links, Zurufe und Lärm.) Sie könnten nun mir noch etwas lernen. Wenn die Arbeitslosenversicherung nicht die Erwerbslosigkeit vermindert, so ist sie überhaupt schädlich. Die Stände müssen aufeinander Rücksicht nehmen und den Klassenkampf überwinden.

Drosauer Schallplatte.

Abg. Albrecht-Westfalen (Komm.): Abgeordneter Grafmann hat nichts über den Debenhauen-Schiedspruch, über den allgemeinen vom Minister angekündigten Lohnabbau gesagt. Die sozialdemokratische Konjunkturbeeinflussungspolitik ist als alberne Farce entlarvt. Die Arbeiter werden durch Streiks der Unternehmer bezwungen und die Sozialfaschisten davonjagen. Die christliche Politik des Ministers ist die Unterdrückung des Hinauswurfs der Arbeiter aus den Betrieben ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Der Sprecher des Unternehmertums.

Abg. Hued (D. Sp.): Die Unternehmer treiben nicht Zwecklosismus oder künstliche Kapitalbindung, wie Abg. Grafmann ihnen vormacht. Die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften ist falsch. Trotz der Erhöhung der deutschen Gesamtlohnsumme in den letzten Jahren um 6 Milliarden mit Hilfe der staatlichen Lohnbeeinflussung ist die Krise eingetreten. Die

Arbeitslosenversicherung zerstört die Arbeitsmoral.

Die von der Regierung geplante künstliche Arbeitsbeschaffung ist ein gefährliches Experiment, denn die öffentliche Hand ist unfähig, produktive Werte zu schaffen. (Widerspruch links.) Wir wenden uns gegen das Beamtenopfer, weil die Beamten nicht allein für die Ausgabenentlastung der Wirtschaft in Anspruch genommen werden sollen. Wir verlangen zur Bekämpfung der Landflucht die

Herausnahme der Landarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung.

(Zuruf von den Soz.: Bezahlen Sie lieber die Landarbeiter besser!) Die Ablehnung unserer Anträge zur Arbeitslosenversicherung im vorigen Herbst ist die Ursache der Finanzmiserie in der Reichsanstalt. Die Regierungsvorlage erfüllt unsere Wünsche noch nicht. (Zuruf der Komm.: Sie sind ein Gemütsmenschen!) — Zuruf von der D. Sp.: Sie sind Missionisten!) § 85a gestattet den Gemeinden noch immer, ihre Fürsorgekosten zum Teil auf die Versicherung abzuwälzen. Einstweilen muß man ja noch die 48-Stunden-Woche als Grundlage der Arbeitslosenversicherung gelten lassen. Der Fortfall des Paragraphen 74, der die Lehrlinge versicherungsfrei gemacht hat, ist eine unerträgliche Verschlechterung. In Übereinstimmung mit den früheren sozialdemokratischen Ministern Hilferding und Müller halten wir alle direkten Steuern, die die Wirtschaft belasten, für schädlich. Eine solche direkte Steuer ist auch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, dessen Erhöhung um 1 Prozent mit längstens dem 31. Dezember befristet werden muß. Die Aufrechterhaltung der unbegrenzten Darlehenspflicht des Reichs im § 163 lehnen wir ab. Wir verlangen für den Defizitausgleich von Fall zu Fall Beitragserhöhungen und erst in letzter Linie Reichszuschüsse.

Abg. Gerlach (Soz.):

Die selbstbewußten Worte des Vorredners (große Unruhe rechts) standen in Gegensatz zu den „Verdiensten“ seiner Partei um die deutsche Wirtschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird noch einer meiner Genossen darauf antworten. — Die Zweiteilung der Arbeitslosenversicherung durch die besondere Krisenfürsorge führt zu unerträglichen Folgen. Die Gemeinden sind über ihre Leistungsfähigkeit belastet. Immer mehr Arbeitslose sind ausgebeutert und sollen der Wohlfahrt zur Last. So ist die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen vom 30. Juni 1929 zum 31. Mai 1930 gestiegen: in Chemnitz von

250 auf 5000, in Halle von 380 auf 2414, in Stuttgart von 212 auf 1400, in Köln von 800 auf 4500, in Berlin von 24 000 auf 66 000. (Hört, hört! bei den Soz.)

5 Prozent der Bevölkerung Deutschlands sind erwerbslos, und in manchen Städten fallen sie alle der Wohlfahrt zur Last.

In Offenbach 5 Prozent der Gesamtbevölkerung, in Breslau, Wiesbaden und Kassel 3 Prozent, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 2 Prozent. Die Zweiteilung führt nun auch zu einer Zweiteilung der Arbeitsvermittlung; die Reichsanstalt will ihr Risiko vermindern und hat darum begreiflicherweise mehr Interesse an der Unterbringung von Arbeitslosen, als von Wohlfahrts-Erwerbslosen. Den letzteren aber droht infolge der langen Zeit, daß sie der Arbeit entzogen werden. Grundätzlich fordern wir, daß Arbeitsfähige und Arbeitswillige überhaupt nicht in die Wohlfahrtspflege kommen. Der Vorstand der Reichsanstalt hat einen ebenförmigen Vorschlag gemacht, er ist aber in die Regierungsvorlage nicht aufgenommen.

Bei der Krisenfürsorge ist durch die Hineinnahme einzelner Berufe und durch die Ausschaltung anderer große Verwirrung angerichtet. So z. B. sind

die Arbeiter der Eisenhüttenindustrie von der Krisenfürsorge ausgeschlossen und fallen desto mehr der Wohlfahrt anheim,

was die Gemeinden enorm belastet. Die Mittel für die so nützliche Werte schaffende Erwerbslosenfürsorge sind stark gedrosselt worden. Im Interesse der Wiedererziehung der Arbeitslosen in die Produktion beantragen wir Erhöhung dieses Etatpostens von 55 auf 80 Millionen. Wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm Kredite dafür vorsieht, so ist es uns gewiß recht, aber besser ist es schon, sie im Etat zu fixieren. Im Mai v. J. waren noch 104 000 Notstandsarbeiter beschäftigt, im April d. J. nur noch 31 000. Zahlreiche Gemeinden und Arbeitsämter klagen, daß begonnene und halb fertige Arbeiten durch die Einstellung zu Bruch gehen müssen. Für den Bau von Landarbeiterwohnungen sind nur 5 Millionen Mark eingestellt. (Zuruf vom Regierungstisch: Wird auf 25 Millionen erhöht.) Wir bitten, daß das auch geschieht, zumal die Landarbeiter im Vertrauen auf den Wohnungsbau schon Ausgaben gemacht haben. Es würde ungeheuer verbittern, wenn das Hilfsprogramm den Grundbesitzern hilft, aber die Landarbeiter nichts bekommen.

Schnelles Handeln ist notwendig, allerdings im Interesse der Werttätigen. Ich glaube, auch der Minister weiß, daß die Werttätigen die wirklichen Tragglieder der deutschen Wirtschaft sind. Nur wenn ihnen geholfen wird, ist die deutsche Wirtschaft fest unermüdet! (Lebhafte Beifall der Soz.)

Abg. Trochmann (Bayer. Sp.): Die Krankenkassen leisten sich viel zu teure Bauten. Eine Kasse hat nach Mitteilungen, die ich aus Roffentreisen selbst erhalten habe, ohne jede Notwendigkeit eine Heilanstalt gebaut. (Zuruf von den Soz.: Welche Kasse war das?) Das werden Sie im Ausschuss erfahren. (Zuruf von den Soz.: haben Sie hier nicht den Mut dazu? Sie müssen eine laubere Quelle haben.)

Zentrum wirbt um Arbeiterstimmen.

Abg. Effer (Z.) polemisiert scharf gegen den Abg. Hued. Die Industrie trägt an der Arbeitslosigkeit auch eine große Schuld. Wenn es möglich ist, Landende wegen des Verkaufes einer Produktionsquote auf die Straße zu setzen, dann muß das ganze Volk und der Staat sich dagegen wehren. (Sehr richtig! in der Mitte und links.) Wenn Sie eine durchgreifende Reform der Versicherung wollen, so der auch die Beitragserhöhung gehört, so verleihe ich Ihre dauernde Verchieppung dieser Erhöhung nicht.

Die Regierungsvorlage, die Sie bekämpfen, ist von einem Minister Ihrer Partei mitgeschaffen worden.

Wenn Sie der verletzten Wirtschaftspolitik die Schuld an der Wirtschaftskrise geben, so frage ich: Wie lange befehete eigentlich die Deutsche Volkspartei das Wirtschaftsministerium? (Lebhafte Zustimmung. — Zuruf des Abg. Hued: Eine Schwalbe macht keinen Sommer. — Ironische Heiterkeit.) Das Wert der Arbeitslosenversicherung, das auch den Arbeitgebern sehr genützt hat, muß erhalten werden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.)

Abg. Schneider-Berlin (Dem.): Die Polemik des Abg. Hued ist unfaßlich und verkennt leichtfertig die Probleme unserer Not. Die Arbeitslosen sind Opfer der Weltkrise und dürfen nicht ihrer Not überlassen werden. Der Redner verlangt Kuspaltung der Arbeitslosenversicherung in die verschiedenen Berufsgruppen mit verhältnismäßigem Risiko, da es ungerecht sei, Berufsgruppen mit günstigem Risiko die Unterstühtungskosten für andere Gruppen aufzubürden.

Abg. Dr. Wiffell (Soz.):

Die väterliche christliche Milde, mit der Herr Effer die Rede des Herrn Hued beurteilt hat, bringe ich nicht auf. Denn über dieser Rede stand als unsichtbares Motto das Wort von Heinrich Heine:

Aber wenn du gar nichts hast, Mensch, dann laß dich begraben. Denn ein Recht zum Leben, Pump, haben nur, die etwas haben.

(Sehr gut! bei den Soz.) Herr Hued erwähnte selbst, daß wir 1,9 Millionen unterstützte Arbeitslose haben, über 900 000 mehr als im vorigen Jahre; aber in derselben Rede sagt er, daß alles getan werden müsse, um den Arbeitswillen zu heben! Genau wie Dr. Scholz, der behauptet hat, daß die Arbeitslosenversicherung die Arbeitsmoral schädige.

Der Kern dieser Vorlage ist, den Beziehern von Arbeitslosenunterstützung ein Notopfer aufzuerlegen, das pro Woche 6,20 M., in der zweiten Klasse 4,20 M. beträgt, und das bei den qualifizierten Arbeitern!

Aber diese Kürzungen gehen Herrn Hued noch nicht weit genug. Ich weiß, woher der Druck kommt, der manchmal so stark wird, daß man sich ihm nicht entziehen kann, und der auch den Reichsarbeitsminister zu dieser Vorlage gezwungen hat. Es bleibt denn Artikel 181 der Reichsverfassung, wonach jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben ist, durch gesellschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben, und der weiter bestimmt, daß, wenn ihm nicht angemessene Arbeit nachgewiesen werden kann, für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt werden solle. Kann man das bei einer solchen Kürzung noch behaupten? Freilich,

auf die Arbeiter braucht die Volkspartei nicht mehr Rücksicht zu nehmen.

So will sie für die Angestellten Erschlossenen herauschlagen. Ich verstehe übrigens auch nicht, wie Herr Schneider in einem Augenblick, wo der Kampf um die Aufrechterhaltung der jetzigen Unterstützung geführt werden muß, höhere Unterstützung für einzelne Angestelltingruppen verlangen kann, wodurch der augenblickliche Kampf geschwächt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn Herr Hued die Wirtschaftspolitik des Reiches tadelt, so trifft er damit seine eigenen Fraktionsgenossen, die jahrelang das Reichswirtschaftsministerium geleitet haben. Aber das einzige Ziel Hueds ist Lohnsenkung. In der Nachkriegszeit haben wir es gehört, in der Inflation und beim Wiederaufbau, immer wieder sollte nur durch Lohnsenkung die Produktion möglich sein. Warum sprechen Sie nicht von der überspannten Rationalisierung, die den Menschen zum Sklaven der Maschine macht? In selbtem Bericht gibt der Stahlwertverband selbst zu, daß der Aufwands von 300 Millionen für die Rationalisierung das erwartete wirtschaftliche Resultat nicht gebracht hat. Ja, daß das Ergebnis nicht einmal ausgerichtet hat, um die Zinsen für diese Millionen aufzubringen. (Rufe rechts: Was heißt das?) Daß das Tempo der Rationalisierung nicht das für Deutschland richtige war. Dann aber verlangen Sie nicht von den Arbeitern, daß sie mit geringeren Löhnen den Ausgleich dafür schaffen! Auch bürgerliche Blätter, wie die „Voss. Zig.“, haben die katastrophalen Folgen der verfehlten Wirtschaftspolitik festgestellt.

Angeheuer Opfer haben die Arbeiter dabei gebracht, Erhöhung der Arbeitslosigkeit, zunehmende Unfähigkeit ihrer Ersten, geistföhlende Mechanisierung des Arbeitsprozesses, Herabwürdigung des Menschen. Und jetzt soll zu der Lohnsenkung auch noch die Entziehung der fargen Unterstützung kommen.

Die Preisentwertung müßte weit, weit über die Lohnsenkung hinausgehen, um sie einigermaßen zu entschärfen. Wenn sie mit Lohnsenkung usw. ein Dumping treiben, so wird das Ausland mit neuen Schutzzöllen antworten, und Sie werden die Ausfuhr doch nicht steigern.

In der Vorlage fehlt eine Bestimmung, wie sie für die Unfallversicherung schon besteht, daß wenn ein Verwaltungsmittglied nicht mitspielen will, an seine Stelle ein behördlich ernannter Vertreter kommt. Das muß auch für die Arbeitslosenversicherung bestimmt werden. Wir werden die Vorlage auf das Genaueste prüfen, wir werden das Notopfer der Arbeitslosen und den ganzen Abbau aufs Äußerste bekämpfen, und in dieser Fassung werden wir die Vorlage nicht annehmen. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Christlich-nationaler Hohn.

Abg. Rönke (Chr.-nat. Bayern): Die Landwirtschaft hat genug Opfer für das deutsche Volk gebracht; warum nehmen die Arbeiter, die Arbeitslosen und die vielen Schwarzarbeiter nicht auch einmal Opfer bringen. (Abg. Torgler (Komm.) ruft zweimal „Unverschämtheit“ und erhält Ordnungsrufe. — Rufe von der Zuschauertribüne: Gemeinheit, Frechheit! — Der Ruf wird auf Anordnung des Präsidenten entfernt.) Die Landwirte arbeiten schwer Tag und Nacht und leiden doch Not. (Zurufe der Komm.: Und die Arbeitslosen? Die Großgrundbesitzer kriegen Subventionen!) Die Landgemeinden und Kreise gehen an den Wohlfahrts-Erwerbslosen zugrunde.

In Köln hat man ohne Schwierigkeiten den Wohlfahrts-Erwerbslosen die Unterstützung entzogen.

(Hört, hört! links.) Wir sind es gewohnt, unsere Landarbeiter das ganze Jahr zu beschäftigen und sie nicht dem Reich im Winter zuzuschicken. (Lärm und Widerspruch links.) Man sollte Dr. Schacht als Verwalter der Arbeitslosenversicherung einsehen, der erkärt hat, mit der Hälfte der Leistungen auszukommen. (Ironische Heiterkeit)



Bevor Sie auf die Reise gehen, besichtigen Sie bitte unsere schönen Salamander-Modelle für die Reise. Gediegener, dabei doch eleganter Geschmack, verbunden mit bester Qualitätsarbeit; in jeder Preislage eine Höchstleistung der größten deutschen Schuhfabrik



SALAMANDER

und Barm links.) Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine! (Wui-Rufe links.)

Abg. Leopold (Dnat.): Ich gebe Abg. Wiffel recht, daß in Deutschland die Rationalisierung zu weit getrieben ist, aber der „Borwärts“ hat noch vor zwei Jahren der deutschen Industrie vorgeworfen, sie sei technisch rückständig. Das haben die Gewerkschaftsvertreter im Enqueteausschuß und Frau Sender im 6. Ausschuß auch erklärt. (Widerpruch bei den Soz.)

Der Lohnanteil in der Industrie ist gesunken.

(Hört, hört! bei den Soz.), aber der Zinsanteil ist gestiegen. Ihnen kommt es ja nur darauf an, wie hoch Ihre Diäten sind. (Entzündungsrufe links.) Ich will damit sagen, ebensowenig wie es Ihnen darauf ankommt, wie hoch der Anteil Ihrer Diäten am Reichshaushalt ist, kommt es dem Arbeiter auf die Höhe des Lohnanteils an der Produktion an, sondern auf die absolute Lohnhöhe. Sie sagen, wir hätten die Preise erhöht. Die Konsumvereine kennen

auch kein anderes Mittel, ihre Einnahmen in Krisenzeiten zu sichern. (Widerpruch links.) Geben Sie erst ein Beispiel größerer wirtschaftlicher Lichtigkeit, dann können Sie uns tadeln! (Beifall rechts, Widerpruch links.)

Abg. Treemmel (Z.): Die Ausführungen des Abg. Mönke sind bedauerlich. Es gibt nicht nur Brüderberger unter den Arbeitern, sondern auch anderswo (Sehr wohl! links und in der Mitte), die ihre Verantwortung nicht kennen. (Zuruf von der Deutschnationalen: Die meisten bei der Arbeiterschaft! — Entrüstungsrufe links.) Die Debatte schließt. — In persönlicher Bemerkung kommt

Abg. Long Sender (Soz.) auf die vorhin erwähnte Diskussion zurück, die sich um die elenden Löhne in der Inflationszeit und den daraus folgenden Exportaufschwung sowie die technische Rückständigkeit der Industrie gedreht hat. Wenn die Rationalisierung falsch geleitet worden ist, so können die Wirtschaftsführer dafür doch nicht die Arbeiter und ihre Vertrauensleute verantwortlich machen. Die Vorlage geht an den Sozialpolitischen Ausschuß. — Die weitere Staatsberatung wird um 18½ Uhr auf heute, 10 Uhr, vertagt.

Reichskuratorium berichtet.

Wann kommt die innere Wandlung?

Der von dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RW) jetzt vorgelegte Jahresbericht für 1929 hat sich in seinem Umfang gegenüber dem Vorjahr nahezu verdreifacht. Er enthält u. a. einen für den Fachmann wertvollen Überblick über die vom RW geförderten Arbeiten. Das Arbeitsgebiet des Instituts hat sich ausgedehnt. So hat man der Frage einer rationellen Pausengewährung bei Fließarbeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Viel versprochen kann man sich auch von dem angeregten Gedanken, durch branchenmäßige Betriebsuntersuchungen typische Fehlerquellen festzustellen und zu beseitigen. Hier und da hat man aber den Eindruck, daß sich das Institut zu sehr in Einzelheiten verliert. Vieles gehen seine Arbeiten anscheinend auch sehr. So können wir nicht recht begreifen, was die „Schaffung von Lehrmaterial“ mit Arbeiten zu tun hat, die, wie der Bericht des RW sagt, den „menschlichen Faktor im rationalisierten Betrieb zum Gegenstand“ haben. Weiter haben wir das Gefühl — es sind ganze Lehrgänge für Handwerker fertiggestellt worden —, daß sich das RW mit Arbeiten befaßt, die eigentlich Sache der Industrie sind.

Im Etatsjahr 1929/30 hat das Reich für das Reichskuratorium 500 000 M. zur Verfügung gestellt gegenüber — Auswirkungen der Sparmaßnahmen — 1,2 Millionen Mark im Vorjahre. Insgesamt sind vom Reich während der letzten fünf Jahre 6,05 Millionen Mark bewilligt worden, wovon 5,85 Millionen Mark im Rahmen des Arbeitsgebietes verteilt worden sind. Die Industrie führt dem Kuratorium bekanntlich keine Mittel zu. Nebenbei sei erwähnt, daß der Rechnungsjahr, der vom Reichstag den Auftrag erhalten hat, die Verwendung der für die Förderung der Wirtschaftlichkeit zur Verfügung gestellten Gelder zu überprüfen, uns demnächst auch eine Antwort geben wird, wie sich die dem Reichskuratorium zugeführten Mittel wirtschaftsfördernd ausgewirkt haben.

Die von der Öffentlichkeit von dem so erweiterten Bericht erhoffte positive Antwort, wie eine unabhängige und neutrale Stelle über das Rationalisierungsproblem denkt, wird nicht gegeben. Wir sind überzeugt, daß diese Zurückhaltung dem RW nicht bekommen wird, und wenn sich die Stimmen mehr, die immer wieder angesichts des Standes der industriellen Rationalisierung von dem „überflüssigen“ Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit sprechen, dann hängt das zweifellos auch damit zusammen, daß das Institut die Fühlung mit der Welt außerhalb der Luisenstraße so ziemlich verloren hat. Es hat sich, vorsichtig ausgedrückt, technisch eingekapselt und gegenüber den brennenden Fragen unserer Tage neutralisiert. Es ist sicher kein Zufall, daß, wie wir hören, die letzte Generalversammlung des Instituts nur von 10 Proz. seiner Mitglieder besucht war und daß man eine Hinzuziehung der Presse für überflüssig erachtete. Wir lehnen es selbstverständlich ab, uns mit den oben erwähnten Stimmen zu identifizieren, und möchten auch davor warnen, daß das berüchtigte Streiquartett das Reichskuratorium demnächst zum Opfer seines Blausinns macht. Aber es geht nicht an, daß immerhin beträchtliche Reichsmittel für eine Einrichtung verwendet werden, die im eng gezogenen Rahmen gewiß Erprobliches leistet, aber auf dem Gebiet der großen Rationalisierungsfragen versagt.

Eine Reorganisation des Instituts ist dringend geboten. Das RW muß endlich erkennen, daß die sich steigende Kritik in der Öffentlichkeit keine Rüge ist und daß sie sich auch nicht mit der Beteiligung von Einzelheiten und Kleinlichkeiten begnügen wird, sondern eine grundsätzliche Wandlung verlangt.

— 12.

Preußag bereinigt die Bilanz.

Kapitalherabsetzung um 30 auf 110 Mill. — Das Bienenburger Kaliunglück.

Das Ersaufen der Bienenburger Kalischächte, in denen hochwertigste Salze gefördert wurden, waren für die Preußische Bergwerks- und Hütten-L.-G. (Preußag) ein sehr schwerer Verlust. Die Preußag hat die mit dem Bienenburger Unglück verbundenen Vermögens- und Gewinnverluste zum Anlaß genommen, um im ganzen eine Bereinigung ihrer Bilanz vorzunehmen. Ueber die Verluste in Bienenburg hinaus hat die Entwicklung der Metallmärkte auch dazu geführt, daß die Erzförderung im Clausthalgebiet, da in den letzten Jahren immer weniger ergiebige Erzgänge abgebaut wurden, stillgelegt worden sind. Der Aufsichtsrat der Preußag hat beschlossen, das am 1. April v. J. erst von 100 auf 140 Millionen erhöhte Kapital wieder um 30 auf 110 Millionen herabzusetzen.

Die Kapitalreduktion war nicht vermeidbar, da die Preußag, die erst seit 1926 die zerstreuten preußischen Bergwerks-, Hütten-, Kalk-, Braunkohle-, Kalk- und Bernsteinbetriebe zusammengefaßt hat, inzwischen noch nicht genügend Reserven an sammeln konnte, um daraus die erforderlichen Abschreibungen vornehmen zu können. Die Bernsteinbetriebe, die Oberschleisschen Hütten, der Deisterbergbau und der Clausthaler Bezirk waren schon immer als Verlustquellen anzusehen und wurden im wesentlichen aus sozialen Gründen von den rentablen Konzernteilen durchgeschleppt. Die Kalischächte Bienenburg, die für 30 Millionen erworben wurden und in die noch etwa 20 Millionen hineingesteckt worden sind, sind im wesentlichen als verloren anzusehen, wenn der Verlust auch kein hundertprozentiger sein wird, da die Kalibeteiligungen Bienenburgs eventuell zu 50 Proz. von den übrigen

Bilanz der Weltkraftkonferenz.

Lücken und Wünsche. — Lehren für Arbeiterklasse und Staat.

Die Zweite Weltkraftkonferenz ist beendet. Die Frage, welchen Zweck eigentlich dieser Massenaufruf von Fachleuten (3000), von Fachsitzungen (34), von Spezialberichten (380), von Generalberichten (34), von Vorträgen und Besichtigungsfahrten, auch von festlichen Veranstaltungen vieler Art gehabt hat, worin die positiven Resultate dieses erheblichen Aufwands an Arbeit und Geld zu sehen sind, diese Frage wird insbesondere von allen denen mit Recht gestellt werden, die von der großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung dieser Tagung gehört haben und mit greifbaren Erfolgen rechneten.

Enttäuschung und Steppis?

Eine Hauptfrage steht im Vordergrund. Sie wurde bei der Eröffnungssitzung von deutscher Regierungsseite angeschnitten: Nachdem infolge der vermehrten Raschwindigkeit, der Dampf-, Gas- und Elektrizitätsverwendung in allen Ländern die Nachfrage nach Muskelarbeit gesunken ist, die Arbeitslosigkeit sich überall vergrößert hat — welche Möglichkeiten wissen die Energiewirtschaftler aller Länder aufzufassen, um die aus dem Produktionsprozeß herausgeschleuderten vielen Millionen Menschen wieder zu beschäftigen? Auf diese Kardinalfrage ist die Weltkraftkonferenz die Antwort schuldig geblieben.

Vieles wurden auch neue technische Erfindungen erwartet — doch haben die Berichte wohl zahlreiche noch wenig in der Praxis erprobte Verfahren behandelt, aber es wurden keine absolut neuen Entdeckungen und Erfindungen mitgeteilt.

Von Teilnehmern selbst wurden ebenfalls einige Mängel empfunden: so z. B. die Ueberfülle an Material, durch das sich die Teilnehmer durcharbeiten sollten, insbesondere die übergroße Zahl der Spezialberichte, ferner die starre Diskussionsform — es mußte jede Erwiderung vorher schriftlich niedergelegt werden —, teilweise auch Mängel in der Uebersetzung aus der einen Kongresssprache in die andere.

Berechtigten die hier ausgeführten kritischen Bemerkungen, um über den Wert der Weltkraftkonferenz zu einem negativen Ergebnis zu kommen?

Keineswegs. Man muß sich zunächst vor Augen halten, daß der Hauptzweckpunkt der Tagung in den 34 Fachsitzungen lag, daß hier spezielle technische und wirtschaftliche Fragen besprochen wurden, daß Interessenten aller Länder hier Erfahrungen austauschten; die Konferenz war ja kein gemeinsamer tagender Wirtschaftskongress, der zu aktuellen Fragen endgültig Stellung zu nehmen hätte. Da aber die Weltkraftkonferenz keine einmalige Veranstaltung ist, da sie einen dauernden internationalen Hauptausschuß (in London) besitzt, abgesehen von den rund 40 nationalen Ausschüssen in allen wichtigen Ländern, so hat die Organisation auch Gelegenheit, das diesmal Versäumte noch nachzuholen. Es wäre wichtig zu erfahren, welche Wege hierzu von dieser Organisation empfohlen würden, wenn z. B. die Gewerkschaftsorganisationen der Industrieländer sich an sie wenden würden, um einen gemeinsamen Kampf gegen die internationale Massenarbeitslosigkeit einzuleiten; es ist eigentlich nicht anzunehmen, daß die Energiewirtschaftler, die Ingenieure, die beteiligten Wirtschafts- und Fachorganisationen sich zu einer Antwort für unfähig erklären sollten, denn dann würden sie sich aus der wirtschaftspolitischen Praxis ausschalten.

Hieron abgesehen, sind aber doch die Ergebnisse der Berliner Weltkraftkonferenz von zweifellos großer internationaler Bedeutung. Wir können hierbei

zweiertei Arten von Ergebnissen unterscheiden:

erstens solche, die im offiziellen Rahmen der Konferenzarbeiten lagen, zweitens solche, zu denen diese Zusammenkunft von energiewirtschaftlich führenden Männern aus aller Herren Länder erst die Veranlassung war.

Die erste Art der Ergebnisse ist auf technischem und privatwirtschaftlichem Gebiet zu suchen. Es wurden in den Fachsitzungen und den Berichten zahlreiche Erfahrungen über die jeweils zweckmäßigsten Formen der Energiegewinnung, der Energieverteilung und der Energieermittlung ausgetauscht. Der Nutzen solcher gegenseitigen Anregungen kann nicht statistisch erfaßt

werden, dürfte aber allein bereits wertvoll genug sein, um — allgemeinwirtschaftlich gesehen — die gesamten Kosten der Konferenz um das Vielfache zu übertreffen.

Die zweite Art der Ergebnisse liegt, wie schon gesagt, darin begründet, daß auf diesen Tagungen nicht nur Techniker, Theoretiker und Wissenschaftler, sondern Geschäftsleute zusammenkamen, die gewohnt sind, aus jeder Reise neue geschäftliche Erfolge herauszuziehen. Bald gab hierbei der Erfahrungsaustausch in technischen und wirtschaftlichen Punkten Anknüpfungsmöglichkeiten, bald die Besichtigungsfahrten und sonstigen Veranstaltungen. Die deutschen Industrieunternehmen haben es zweifellos meist gut verstanden, zahlreiche Teilnehmer für ihre Werke und Erzeugnisse zu interessieren. Wenn z. B. der Besuch der Siemens- oder AEG-Anlagen, der Borshig-Fabrik, des Berliner Kraftwerks Klingenberg, des Großkraftwerks Jschornewich (reichseigene Elektrowerke) usw. einen Teil der teilnehmenden Ausländer davon überzeugt haben, daß Deutschland eine technisch auf der Höhe stehende und in jeder Hinsicht leistungsfähige Elektro- und Maschinenbauindustrie besitzt, so ist ein solcher Erfolg gar nicht zu unterschätzen.

Ein von uns schon mehrfach betontes charakteristisches Merkmal dieser Konferenz war die oft gemachte Feststellung, daß es große technische und energiewirtschaftliche Aufgaben gibt, die über die Leistungsfähigkeit und die Größe einer einzelnen Nation hinausgehen. Der Gedanke der Zusammenarbeit insbesondere der europäischen Nationen kam mehrfach in den Berichten, Diskussionsreden und Hauptvorträgen zum Ausdruck, am markantesten in dem von Generalsekretär Ohren vorgetragenen Projekt eines ganz Europa überspannenden Großkraftnetzes. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die mit so großer Einmütigkeit betonte

Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit politisch von größter Bedeutung sein kann.

Als Gesamteindruck ist trotz der ausgeführten Mängel festzuhalten: Es war eine große internationale Tagung von Weltbedeutung, wie sie seit der Vorkriegszeit in Deutschland nicht mehr stattgefunden hat. Die Gesamtorganisation, an der insbesondere der Verein Deutscher Ingenieure starken Anteil gehabt hat, verdient angesichts der Größe und Vielseitigkeit der Tagung Anerkennung. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind ebenso wie die technischen wahrscheinlich sehr weittragend.

Ob das private Unternehmertum zahlreiche technische und wirtschaftliche Anregungen überhaupt nutzen kann, ist freilich zu bezweifeln; es wird dies nur tun, sofern diese Anregungen privatwirtschaftlichen Nutzen bringen. Es gab dagegen manche Anregung, den Raubbau an Energieträgern und ebenso an Arbeitskräften durch eine wirtschaftlichere Ausnutzung zu ersehen, z. B. mit den vorhandenen Kohlenmägen nicht mehr im bisherigen Grade zu wüsten und die Aufmerksamkeit statt dessen stärker dem vermehrten Ausbau von Wasserkräften, der Ausnutzung der Kräfte von Ebbe und Flut, der Windkraft usw. zuzuwenden, d. h. Energien, die immer wieder in gleichem Umfang zur Verfügung stehen, während Kohle und Öl allmählich aufgebraucht werden, die deutschen Braunkohlen z. B. schon in acht bis zehn Jahrzehnten. Hier hat, da für jedes Privatunternehmen nur der Profit entscheidet, der Staat entscheidende Aufgaben. Die Arbeiterklasse hat für diese allgemeinwirtschaftlichen Erfordernisse die Augen offen zu halten. Die Sitzungen und Berichte der Weltkraftkonferenz haben ihr hierzu Anregungen in Fülle gegeben.

Ueber das internationale Goldproblem spricht am 2. Juli im Bankettfaal des Zoo Professor Dr. W. Palm. Der Vortrag wird von der Gemeinschaft ausländischer Studierender an der Handelshochschule Berlin veranstaltet.

Für Mansfeld höhere Zechenbeteiligung. Eine Zechenbesitzer-versammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats hat mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Mansfeld-Konzerns beschlossen, die Verkaufsbeteiligung der dem Konzern gehörenden Steinkohlengewerkschaft Sachsen um 100 000 Tonnen zu erhöhen. Dieses Zugeständnis gilt jedoch nur für den Fall des freiwilligen Beitritts zu dem neuen Kohlenyndikatsvertrag.

ENVER BEY

Feinste türkische Zigaretten.

Werksmarken liegen den 25 Stück Packungen von 5 Pfg aufwärts bei.



Endlich die richtige Zigarette!
Sie werden nie einen rauhen Hals haben!

preussischen Kollaturen — besonders Reichentode — ausgenutzt werden können.

Wie vom preussischen Handelsministerium mitgeteilt wurde, betragen die diesjährigen Umsatzaufälle bisher etwa 5 Millionen Mark (für 1929 war ein Gesamtumsatz von 135 Millionen Mark gemeldet worden).

Schägel ist optimistisch.

Günstiger Reichspostabschluss für 1929. — 200 Millionen für Arbeitsbeschaffung.

Im Arbeitsausschuss des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost stellte Reichspostminister Dr. Schägel fest, daß Verkehr und Einnahmen in fast allen Betriebszweigen der Reichspost im Mai gegenüber April erfreulich gestiegen sind.

Der Abschluß für 1929 habe zwar einen Ausfall von 20 Millionen Mark gebracht, dieser Ausfall könne jedoch durch Ersparnisse ausgeglichen werden.

Die Deutsche Reichspost werde 200 Millionen Mark zur Verringerung der Wirtschaftskrise bereitstellen, davon 80 Millionen als Vorgriff auf 1931, 30 Millionen aus dem Posthaushalt 1930 für sonst im Winter zu vergebende Aufträge, 40 Millionen aus dem zur Tilgung fälliger Schatzanweisungen angesammelten Fonds und schließlich 50 Millionen aus einer neuen Anleihe.

Abi-Rückvergütungen nicht herabgesetzt.

Die Eisenindustrie fängt an zu lernen.

Die Eisenverbände haben die für den Monat Juli geltenden Sätze bekanntgegeben, die der weiterverarbeitenden Industrie für das zu Exportzwecken verwendete Eisen vergütet werden.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatl. Oper

Sonnab. 21. u. 27. 6. Stadt. Oper Bismarckstr. Turnus IV 20 Uhr

Wintergarten

8.15 Uhr Zentr. 2810 Stunden erlaubt Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen 4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

Staatl. Oper

Die Medea des Schicksals Ende 22 1/2 Uhr

Theater I. d. Behrenstr. 53-54

Die Entführung aus dem Serail Ende 22 1/2 Uhr

Staatl. Oper

Die Medea des Schicksals Ende 22 1/2 Uhr

ROSE Theater

„Arm wie eine Kirchenmaus“ mit Traute, Paul u. Willi Ross.

SCALA

Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 11 3. Herb. 0238 Pr. 1-6 M. Wechentg. 5 U. 60 Pf. - 3 M.

PLAZA

Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 11 3. Herb. 0238 Pr. 1-6 M. Wechentg. 5 U. 60 Pf. - 3 M.

LUNA PARK

Sonabend Japanisches Kirschblüten-Fest

Metropol-Th.

Täglich 8 1/2 Uhr mit Dir allein auf einer einsamen Insel

ZOO Zoolog. Garten

GROSSES KONZERT Täglich: Tanz im Freien

Reichshallen-Theater

stettiner Sänger Das große Programm!

herabgesetzt, sondern unverändert gelassen worden sind. Damit wird auch für den Teil der Eisenerzeugung, der für den Transport weiterverarbeitet wird, die Eisenpreisfestung wirksam.

Die „Bergwerkszeitung“ hat noch vor ganz wenigen Tagen geschrieben, daß als notwendige Folge der Eisenpreisfestung auch die Rückvergütungsfrage gelöst werden müßten, wobei es nur offen bleibe, ob man um das volle Ausmaß der Eisenpreisfestung die Kürzung vornehmen werde.

Filialsteuer und Warenhaus.

Lehren französischer Steuerpolitik.

Die Berliner Forschungsstelle für den Handel, die unter der Leitung von Professor Dr. Julius Hirsch steht, legt unter dem Titel „Der Einzelhandel in Frankreich“ eine Broschüre von aktueller Bedeutung vor.

So wurde in Frankreich beispielsweise die Erfahrung gemacht, daß eine Filialsteuer die Konzentration der Betriebe der Warenverteilung keinesfalls aufzuhalten, sondern nur in andere Bahnen zu lenken vermag.

Auch die französischen Konsumgenossenschaften, die im Gegensatz zu den deutschen nicht in ihrer überwiegenen Mehrheit auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehen, nahmen ein

ähnliches System an. Bei der Werbung wurde die Markenreklame besonders gepflegt, so daß die Uebertragung des Firmennamens auf die Filialgeschäfte nicht mehr notwendig war.

Enquete über Leder- und Schuhindustrie

Die Außenhandelsgruppe des Enqueteausschusses gab als Anfang einer Reihe von Veröffentlichungen zwei Bände über die deutsche Schuh- und die Lederindustrie heraus.

Sehr bemerkenswert ist eine Bemerkung über den Wert der Sozialgesetzgebung. Die Sozialgesetzgebung, insbesondere die Erwerbslosenunterstützung und die Arbeitslosenversicherung, sind der ganzen Schuhindustrie und damit auch der Schuharbeiter sehr zugute gekommen.

Unberechtigte Vorwürfe.

Die fünf größten deutschen Lokomotivfabriken hatten gegen die vom Reich subventionierten Schichauwerke in Elbing den Vorwurf erhoben, daß diese in unzulässiger Weise bei ausländischen Wettbewerben die Preise der anderen deutschen Fabriken unterbiete.

Diese Beschwerden schienen um so mehr Gewicht zu haben, als die fünf Fabriken in ihren Eingaben an den Reichswirtschaftsminister und den preussischen Handelsminister behauptet hatten, daß ihre eigenen Angebote schon Verlastungsangebote gewesen seien.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 29. Juni, vorm. 9 1/2 Uhr, im Rosenhaller Hof, Rosenhaller Straße 11/12

Volksbühne

Theater am Mühlplatz. 8 1/2 Uhr Julius Caesar

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Staatl. Schiller-Th.

7 1/2 Uhr Der Mann mit dem Klepper

Deutsches Theater

8 1/2 Weidenstr. 5201 8 Uhr Phaea

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Möbel

Wohnzettel

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin



Bäder u. Kurorte



Sonnetage im Reiterhorst.

Erfreulich ist es, daß die scheuen Fischweiber, die auf dem Aussterbestehen, so nahe vor den Toren Berlins, an der Autostraße von Potsdam über Geltow nach Werder, hart am Wildpark, ihre Kinderstube aufgeschlagen haben.

Vom historischen Bayerischen Häuschen führt ein Pfad in den Reiterhorst, aus dem stämmige Kiefern mit den zahlreichen Nestern ragen. Die sommerliche Sülle des Wildparks im Schatten der idyllischen Laub- und Nadelbäume wird hin und wieder unterbrochen von den Stoßrufen: „Kräc, kräc, krüäc, krüäc!“ Wir sind in der Nähe des auf keiner Autokarte und keinem Atlas verzeichneten Reiterhorstes. An einigen rötlich glimmenden Kiefern- und Föhrenstämmen, auf denen länzende Sonnenkränze spielen, sind weiße Wegzeichen von den Reitern selbst angebracht worden, die die Nähe der Reiterkolonie verraten. Majestätisch ziehen die Herren Reiter mit S-förmig zurückgelehntem Hals Kreise über ihren Behauptungen, die kugelförmig einzeln und paarweise in den Wipfeln hängen. Mit geschlossenen, nachziehenden Bäusen führt der graue Reiter (Ardea cinerea) seine Gleitflüge aus, während Frau Reiter die Regelung des Brutgeschäftes überlassen wird. Aus den frisch geweihten Wohnstätten gucken die galanten Damen, denen die sommerliche Sonne willkommene Hilfe ist. Freigebig merken sie aus ihren Fenstern die himmelblauen Eierchen, die weiße Reitergrünze und die lustig im Winde tanzenden grauen Federn. Schon sind Nester, Stämme und Waldboden gepudert, als Zeichen des gesegneten Appetits und des Wohlstandes in Reiterhausen. Der Reiter sucht in einem Umkreis von 10 Kilometern die Gewässer nach Fischen und Vurchen ab, trotzdem hin und wieder die am Dorftrand als Hinterinsassen wohnenden Raubvögel durch die Dorfassen ziehen. Nur die Rabenstille der Umgebung bringt ab und zu Krakeel in die friedliche Siedlung, weil sie nicht nur bettelnd mit den Abfällen von Vurchen und Fischen vorlieb nimmt, sondern auch diebstahl nach den türkisblauen Eiern späht.

Da gibt es Straßenkämpfe mit großem Geschrei. Voglkämpfe werden ausgeführt, bei denen die schwarzen Gefellen fauchend den Kampfsplatz verlassen müssen. Ein jetztes Familienidyll so nahe vor den Toren Berlins!

Reise in die Pfalz.

Man kann in der Pfalz eigentlich überall hin reisen. Jedes Fleckchen Erde ist in diesem von der Natur besonders begnadeten Lande reizvoll, Schönheit, Genuss und Erholung spendend. Fruchtbar dehnt sich vom Rhein her die Ebene, leicht ansteigend wie ein einziger großer Obstgarten zu den reben-schweren Hängen des Haardtgebirges, wo zwischen den „Bingerten“ und an den Straßen Pfirsiche, Mandeln, Feigen und Edelkastanien reifen. Unverküchelt ist eine Wanderung am Haardtgebirge entlang, von Landau nach Reustadt und von da weiter nach Ruppertsberg, Königsbach, Deidesheim, Forst, Wachenheim, Dürkheim, Kallstadt, Ungenheim, Herzheim, Freinsheim, Orle mit verlockendem Klang für jeden Freund eines guten Tropfens, denn hier gedeihen Qualitätsweine, die einzeln in der Welt sind. Für Wanderungen ist besonders der schöne Pfälzerwald geeignet, der den Hauptbestand des gebirgigen Westrich ausmacht und das Land von Nord nach Süd durchzieht. Nicht nur die freundlichen, lebhaften Städtchen mit ihrer arbeitsamen Bevölkerung und die weindusterfüllten Dörfer bilden das Entzückende des Besuchers der Pfalz, sondern das ganze, immer wieder abwechslungsreiche Landschaftsbild nimmt gefangen! Dabei kommt auch die Romantik einer reichen Vergangenheit nicht zu kurz, denn auf den Pfälzer Bergen erheben sich weit mehr als hundert Burgen und Ruinen.

Das Verkehrsnetz ist in der Pfalz außerordentlich dicht. Eisenbahn, Kraftpost, Straßenbahnen bieten zahlreiche und günstige Verbindungen. Unterkunft und Verpflegung sind erfreulich billig (Zimmer von 2 R. an, volle Pension von 3,50, 4,—, 4,50 R. an). Für einige zehn „Pfenninge“ — das f ist bei den Pfälzern verpönt! — bekommt man in den Weinorten Brot mit Butter und einem riesigen Stück Schweizerkäse oder auch mit erfrischendem Weiskäse (mit Zwiebel!).

Baden-Baden in Rosen — das ist das Charakteristikum des Monats Juni. Zu keiner anderen Zeit erhebt Baden-Baden deutlicher Anspruch darauf, ein Paradies von Blüten, Blumen und Wäldern zu sein. Die berühmte Vichtentaler Allee steht jetzt in ihrem schönsten Schmuck, die seltenen Bäume und Pflanzen geben ihr das Bild eines Farbenmeeres, und im Schatten der uralten Baumriesen auf dem Corso des eleganten Bäderlebens zu spazieren, ist gerade in diesen sommerwarmen Tagen ein Genuss, den nicht nur der Naturfreund liebt. Hochgeschätzt sind die kühlen Abende, die das Klima ausgleichen und zu einer täglich neu erfrischenden Atmosphäre machen, in der man selbst die heißesten Tage unbeschwert erträgt.

Herzbad Altheide! Die Herzheilung — die Herzgesundung — ist die große Grundlage Bad Altheides, das sich aus einem armen schlesischen Gebirgsdörfchen zu internationalem Ruf und Ruhm emporgearbeitet hat. Hier in dieser Vandschaft der weiten weiten Wälder kann man wirklich einmal, nach des schlesischen Dichters Paul Kellers Rezept, „Ferien vom Ich“ machen.

Der Sommer im Harz ist der typische deutsche Sommer. Es wird nie drückend heiß im Harz, und es gibt auch fast nie so schroffe Witterungswechsel, wie sie das Hochgebirge kennt. Der Sommer im Harz ist von wohliger Frische, voll Duft und Behagen,

überspannt von blauem Himmel und bis auf einige wenige besonders tiefgegründete Harztäler fast während des ganzen Tages der Sonne zugänglich. Bei der reichlichen Erschließung des Harzes durch Wanderwege, Fahrstraßen und Bahnen verteilt sich auch der gewaltigste Verkehrsstrom eines Hochsommertages im Harz mühelos, und für Freunde einsamer Wanderungen finden sich selbst dann noch wenig aufgeschulte Berge, Täler, Harzwiesen und Waldlandschaften.

Nordhausen, die tausendjährige Stadt. Die alte Reichsstadt am Südharz bietet neuerdings ihren Besuchern tägliche Fremdenführungen, die vormittags und nachmittags stattfinden. Bei einem zweistündigen Rundgang um die mittelalterliche Stadtmauer und durch die schmuckvollen Gassen der Altstadt lernt man unter sachlicher Führung die Bau- und Kunstdenkmäler aus Nordhausens großer Vergangenheit kennen. Nordhausen, günstig gelegen am Harzweg zwischen Kaffhäuser und Brocken, hat als Verkehrszentrum des Südharzes gute Verbindungen nach allen Richtungen.

Im Speckbad Orb konnte trotz mäßiger Umstände die Frequenz des vergangenen Jahres nicht nur gehalten, sondern um fast 20 Prozent gesteigert werden. Während vom 1. Januar 1929 bis 15. Juni 1929 3120 Kurgäste und Patienten gezählt wurden, stieg die Zahl für den gleichen Zeitraum 1930 auf 3715. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Patienten von 422 nur auf 493, also um 15 Prozent gestiegen ist, während die Zahl der heilbedürftigen Kurgäste relativ viel stärker anwuchs. Dies kommt am deutlichsten in der Zahl der in Bad Orb verordneten Bäder zum Ausdruck. Während vom 1. Januar 1929 bis 15. Juni 1929 22 224 Bäder abgegeben wurden, erreichte die Zahl für 1930: 29 614.

Sol- und Moorbad Lüneburg. Als besonders heilkräftig haben sich die Lüneburger Jod-Solbäder erwiesen, deren Anwendung in Verbindung mit dem Lüneburger Jod-Billingbrunnen bei Bluthochdruck, Adernverkalkung, Rheuma, Frauenleiden, Schilddrüsenerkrankung, sowie Haut- und Herzkrankheiten eine vorzügliche Wirkung ausüben. Das Bad verfügt über modern eingerichtete Badehäuser mit Einzel- und Gesellschaftsinhalatorien und ist im Besitz eines Gradierwerkes.

Bad Langensau in der Grafschaft Glatz, idyllisch gelegen, mit starken Kohlenäurequellen und mineralhaltigem Moor, bekannt durch seine vorzüglichen Heilerfolge bei Nerven- und Herzleiden, Rheuma, Gicht, Jochias und Frauenkrankheiten gibt ab 1. August bis 30. November wieder Gelegenheit, Mittelstandskuren zu einem Pauschalpreis, in welchem sämtliche Kurkosten inbegriffen sind, durchzuführen. Der Gesamtpreis einer solchen Pauschaltur beträgt für die Kurdauer von 4 Wochen 224,— Mark. Es empfiehlt sich rechtzeitig Bestellung bei der Kurverwaltung, da die Nachfrage nach diesen besonders billigen Kuren sehr groß ist. Prospekt kostenlos durch die Kurverwaltung.

Im Nordseebad Borkum finden in diesem Jahre wieder zwei allgemeine Tennisturniere vom 17. bis 20. Juli und vom 14. bis 17. August statt. Die Badeverwaltung hat, den Wünschen ihrer Gäste nachkommend, die alten Tennisanlagen mit ihren vier Plätzen vergrößert. Die neue Anlage wurde großzügig angelegt und inmitten der Dünen Platz für vier neue Spielplätze geschaffen. Mit einem Wall von vier Meter Höhe sind die Plätze umgeben und dadurch windgeschützt. Zwei Plätze wurden im Mai fertiggestellt. Die neue Anlage liegt unmittelbar neben den alten Plätzen an der Bismarckstraße.

Das Ostseebad Ahlbeck — von überall rasch erreichbar — gilt als eine Perle der Ostsee. Der steinfreie Strand, der Laub- und Nadelwald bieten Ruhebegrüßten jede Erholung.

„Mer“ bei Kartstadt. Das „Mer“ (Mitteleuropäisches Reisebüro) hat im Kartstadthaus, Hermannplatz, eine Filiale eingerichtet, die dem reisenden Publikum für alle Fahrten zu Wasser, zu Lande und in der Luft Fahrscheine besorgt; ebenso werden Pauschal- und Gesellschaftsreisen zusammengestellt. Die Fahrkarten-Druckmaschine der MCA mit Relationszähler ermöglicht eine ebenso rasche wie präzise Abfertigung.

Die Firma zeigt eine Lebenswerte, 10 000 Bände umfassende Kinderbibliothek von Hobbies, die deutsche, französische und englische Kinderliteratur aus fünf Jahrhunderten mit Illustrationen von Menzel, dem Engländer Lupton usw. enthält. Seltsam- und faszinierend sind auch die neu ausgenommenen wirklich guten Reproduktionen altitalienischer Meister; die Bilder sind sämtlich auf Holz gemalt; sie sind mit handgeschliffenem, der Mode der jeweiligen Zeitperiode entsprechenden Rahmen versehen.

Allgemeine Wetterlage.



Das Regengebiet, das am Donnerstag Deutschland von Südwesten nach Nordosten durchzog, hat sich nach Norden verschoben und dabei sehr an Intensität eingebüßt. Wir lagen am Freitag bereits auf keiner Südseite in einer Luftmasse, die ursprünglich aus nördlichen Breiten des Atlantischen Ozeans stammte. Ein weiterer Schwall ozeanischer Luft drang dann im Laufe des Tages in Deutschland ein und brachte fast überall trübe Gewitter. In der nächsten Zeit dürften wir in der westlichen Luftströmung bleiben. Einzelne Störungen, die in ihr nach Osten ziehen, dürften eine durchgreifende Beruhigung vorläufig nicht aufkommen lassen.

Wetter für Berlin: Teils heiter, teils stark wolkig, Temperaturen etwas niedriger, noch Regenschauer oder Gewitter. — Für Deutschland: Im Nordosten trübe Gewitter mit Abkühlung, im übrigen Deutschland veränderlich, stichweise Regenschauer oder Gewitter.

Advertisement for Ahlbeck featuring a rainbow logo and text: "Das gemütliche und billige Familien-Freibad inmitten herrlicher Wälder. OHNE AHLBECK KEINE OSTSEE".

Advertisement for Heringsdorf: "Heringsdorf See-, Sol- u. Moorbad. Brunnenentrinkuren mit natürlichen Heilwässern jeder Art. Kurzeit v. 1. Mai bis 30. Sept. Saison 1930. Kurtaxermäßigung bis 33 1/2 %".

Advertisement for Nordseebad Tönning: "Alte sehenswerte Stadt an der Eidermündung. Angenehme ruhige und billige Sommerfrische... Pension von 4 RM. an. Keine Kurtaxe. Führer, Auskunft und Wohnungsnachweis durch die Badeverwaltung."

Advertisement for Eisenmoorbad Pretzsch Elbe: "Über 200 000 Personen jährlich besuchen die weltberühmten Rübeldäner Tropfsteinhöhlen (Hormanns- und Baumannshöhle). Versäumen auch Sie nicht, sich diese Naturwunder anzusehen. Gute Unterkunft in Hotels und Privat jederzeit möglich."

Advertisement for München: "Schöne Pr. Fremdenzimmer, 2 Min. z. Bahn, Bettpr. 2,30 m. Frühstück, Best. erw. Frau STERL, Schillerstr. 31/32."

Advertisement for Nordseeinsel Borkum: "HOCHSEE-KLIMA. Nordseeinsel BORKUM. Prospekt durch die Badeverwaltung."

Advertisement for Lüneburg: "Lüneburg heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias, Skrofulose, Rachitis, Frauenleiden usw. Gradierwerk — Großer Park. Täglich Konzerte. Jod-Solbäder. Jod-Billing-Brunnen."

Advertisement for Katzhütte: "Katzhütte herrl. Luftkurort im Thür. Wald. Altheide-Bad, „Rauherbüschen“, Zimmer mit 2 Betten mit und ohne Heizung, auch Raucherbetten. Nähere Preise, Ulrich, Weistritzstraße."

Advertisement for Hotel Gütstieser Hof: "Größtes Haus am Platze. Früher Konsum der SPD. Herrlich an Wald, Wasser, Bade-, Angelgelegenheit. Raubfischangeln gestattet. Zimmer (Morgenkaffee, Mittag) 1.-M. Volle Pension 4,30, auch Privat-Zimmer. Beste Referenzen. Besitzer SEWOHL, Gütstieser Nm, Tel. 12."

Advertisement for Steiermark: "Zum Bärenwirt hat Sandl in Aid. Affad im schönen Land der Ems gelingen, herrliche Umgebung. Beste Pension, gute Wiener Küche, pro Tag 3,00 Mt."

Advertisement for Dippmanns Strandhotel: "DIPPMANNS STRANDHOTEL direkt am Strande. I. Rang. Pension von 9 M. an. KAISERHOF, Alch. Wasser, Zentralheizg., Autzug. Pension von 8 M. an. Verl. Prospekt."

Advertisement for Ostseebad Heiligenhafen: "Ostseebad Heiligenhafen in Holstein. Pension 4.— bis 6.— RM. Führer durch die Badeverwaltung."

Advertisement for Wyk auf FOHR Nordseebad.

Advertisement for Herzbad Altheide: "Das Herzbad Altheide erwartet Sie. Prospekt durch alle Reisebüros und die Badeverwaltung."

Advertisement for Cuxhaven: "Cuxhaven die Nordsee schönstes Freibad. Sand, Sonne, Seewind, Salzwasser. Badeführer kostenlos durch die Badeverwaltung."

Advertisement for Gütstieser: "(Oder) angenehmer Sommeraufenthalt, mäßige Preise, Wald, Wasser, Freibad. Auskunft, Prospekt gegen Rückporto. Der Verkehrsverein."